

— Zwölfter Jahrgang. —

Nr. 5.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

5. Woche für die Zeit vom 30. Januar bis 5. Februar 1903.

Posen, den 10. Februar 1903.

B e r i c h t

**über den Verlauf der General-Delegierten-
versammlung des Vereins zur Unterstützung
polnischer Wirtschaftsbeamten im Großher-
zogtum Posen. (Nr. 378/03 III.)**

Die satzungsmäßige Jahresversammlung des Vereins zur Unterstützung polnischer Wirtschaftsbeamten in der Provinz Posen fand am Mittwoch, den 28. Januar d. Js. im alten Bazarjaale hier selbst statt. Erschienen waren 29 Vereinsmitglieder. Die polnische Presse war nur durch den Redakteur des Wielkopolanin, Josef Szmyt vertreten. Im Auftrage des durch Krankheit am Erscheinen behinderten Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Rittergutsbesizers Dr. v. Chelmiczko eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Privatoberförster Skoraszewski = Bagatella die Versammlung kurz nach 9 Uhr Vormittags und verlas die nachstehende Tagesordnung:

1. Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats.
2. Ernennung des Schriftführers der Generalversammlung.
3. Vorlegung und Genehmigung der Delegiertenmandate.
4. Verlesen des Protokolls der letzten Generalversammlung.
5. Rechenschaftsbericht der Kassen = Revisionskommission.
6. Berichterstattung des Vereinsvorstandes für das Jahr 1902.
7. Anträge der Vereinsmitglieder.

Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung wurde der Vereinschriftführer und Redakteur des Ziemianin, Kasimir v. Koszutski zum Schriftführer der Versammlung gewählt. Der Vorsitzende verlas hierauf die Namen der in dem abgelaufenen Vereinsjahre verstorbenen drei Vereinsmitglieder: 1. Josef Madalinski = Dembitzki, 2. Dolnicki = Slawno und 3. Pjarrer Kulescha = Wiloslaw und ersuchte die Versammelten, das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von ihren Sitzplätzen zu ehren. Nachdem dies geschehen war, nahm der Schriftführer die Mandate der zu der Versammlung erschienenen Vereinsdelegierten entgegen und prüfte sie auf ihre Richtigkeit.

Auf das Verlesen des Protokolls der letzten Generalversammlung (Punkt 4 der Tagesordnung) wurde seitens der Delegierten verzichtet, da es gedruckt und den einzelnen Kreisvereinen zugesandt worden sei.

Der Kassenbericht (Punkt 5 der Tagesordnung) lautete wie folgt:

Allgemeine Kassenzusammenstellung der Kreisdirectionen:

Einnahmen:

Kassenbestand aus dem Jahre 1901.....	4,31 Mk.
Einschreibengebühren	228,00 "
Jahresbeiträge der wirklichen Vereins-	
mitglieder	895,95 "
Jahresbeiträge von den Ehrenmitgliedern.	1149,05 "
Außerordentliche Beiträge	2,00 "
	<u>2279,31 Mk.</u>

Ausgaben:

Für die Verwaltung in den Kreisvereinen.	53,89 Mk.
Außerordentliche Ausgaben	19,17 "
Kassenbestände für das Jahr 1903	8,45 "
Der Hauptkasse übersandt	<u>2197,28 "</u>
	<u>2279,31 Mk.</u>

Das Kassenbuch des Vereinsvorstandes weist am Schluß der Kassenbücher für das Jahr 1902 den nachstehenden Stand der Hauptkasse nach:

Einnahmen:

- I. Kassenbestand aus dem Jahre 1901. 4544,60 Mk.
- II. Beiträge:
 - a) Einschreibengebühren 228,00 Mk.
 - b) Jahresbeiträge der wirklichen Vereinsmitglieder 895,95 "
 - c) Von den Ehrenmitgliedern 1149,05 "
 - d) Restbestände der Kreiskassen 4,31 " 2279,30 "
 - e) Rückständige Kreisbeiträge 158,35 "
- III. Zinsen:
 - a) Vom Dispositionsfonds 23,59 Mk.
 - b) Für verkaufte Kupons 3617,20 "
 - c) Vom Asylhausfonds 117,05 " 3757,84 "
- IV. Außerordentliche Einnahmen:
 - a) Von der Rustikalbank 5,00 Mk.
 - b) Von den Delegierten für nicht erhobene Reisegebühren 68,85 " 73,85 "

Gesamteinnahme.. 10813,95 Mk.



Ausgaben:

I. Für Unterstützungen	730,00	Mk.
II. Für Ruhegehälter	3868,68	"
III. Für Verwaltungskosten	1198,44	"
IV. Für den Ankauf von Wertpapieren: 750 Rubel polnischer 4 1/2 % Pfand- briefe zum Kurse von 99,75 %	1638,80	"
V. Außerordentliche Ausgaben:		
a. Zum Asylhausfonds von den Delegierten	68,85	Mk.
b) Zinsen vom Asyl- hausfonds	117,05	" 185,90 "
Gesamtausgabe ..	7621,82	Mk.

Zusammenstellung:

1. Einnahmen	10 813,95	Mk.
2. Ausgaben	7 621,82	"
Restbetrag für 1903 ..	3 192,13	Mk.

Das Vereinsvermögen:

A. Bestand am 1. Januar 1903 ..	3 192,13	Mk.
B. 3 1/2 % Posener Pfandbriefe: 3 Stück zu je 5 000 Mk. = 15 000 Mk. zum Kurse von 99,50 =	14 925,00	"
C. 4 1/2 % polnische Pfandbriefe zum Kurse von alpari: 8 Stück zu 3000 Rbl. = 24 000 Rbl. 6 Stück zu 1000 Rbl. = 6 000 " 5 Stück zu 500 Rbl. = 2 500 " 4 Stück zu 250 Rbl. = 1 000 " 1 Stück zu 100 Rbl. = 100 " = 33 600 Rbl. zu 2,16 Mk. für 1 Rbl. =	72 576,00	"
D. Asylhausfonds	2 594,91	"
E. Mobiliar, bestehend aus: 1 eisernen Geldspinde, 2 Spinden und zwei Bücherrepositorien, nach Abzug von 2 % für die Abnutzung = 2,65	130,25	"
Zusammen ..	93 418,29	Mk.

Den Hauptvereinsvorstand bildeten im Jahre 1902:
H. Dobrzycki-Dobornik, Vorsitzender. Josef v. Zaraczewski-Posen, I. stellvertretender Vorsitzender, W. Magowski-Lipnica, II. stellvertretender Vorsitzender.

Der Aufsichtsrat bestand aus folgenden Personen:

1. Dr. Julian v. Chelmicz-Zydowo bei Gnesen, Vorsitzender.
2. Philipp Skoraczewski-Bagatella bei Miloslaw, stellvertretender Vorsitzender.
3. T. Eulenfeld-Breschen.
4. Anselmus Tomaszewski-Dziadkowo bei Rogowo.
5. v. Brzeski-Gieslin bei Inowrazlaw.
6. v. Chrzanowski-Gozdawa bei Mogilno.
7. Stanislaus Milewski-Kijewo bei Schroda.
8. W. Otmianowski-Zrenica bei Schroda.

Unter Punkt 6 der Tagesordnung teilte der Vorsitzende des Vereinsvorstandes, Dobrzycki-Dobornik mit, daß in dem abgelaufenen Vereinsjahre dem Verein 23 neue Mitglieder beigetreten seien. Zu bedauern sei jedoch, daß die Vereinsdirektion für die Kreise Schildberg-Kempen, welche vor etwa einem Jahre mit 12 Mitgliedern in's Leben gerufen wurde, sich aus wenig bekannten Gründen wieder aufgelöst habe. Die Kreisdirektionen in den anderen Kreisen fungierten dagegen normal; ihre Zusammensetzung sei folgende:

1. Für die Kreise: Baf, Bomst, Mezeritz: Vorsitzender Graf Stanislaus Poncki-Pafoslaw bei Neutomischel. Schriftführer: Johann Nadomski in Neustadt bei Pinne. Kassenervisoren: Zborowski in Neustadt bei Pinne und Stanislaus Kobylinski in Urbanowo. Das Ehrengericht bilden: Stanislaus Kobylinski-Urbano, Maximilian Turkiewicz-Usciencin bei Dakowy Mok.
2. Für Czarnikau und Kolmar i. P. Vorsitzender: Kasimir Szuldrzynski-Prusimowo bei Lubasch. Schriftführer und Kassierer: A. Jasielski-Lubasch. Vorstandsmitglied: Julian Kolbiercz-Slawno. Ehrengericht, außer der Direktion, Dekan Szaal-Czarnikau.
3. Für Gnesen und Wittowo. Vorsitzender: Dr. Julian v. Chelmicz-Zydowo. Schriftführer: Stanislaus Dwczarezyk-Zydowo. Rendant: B. Katerla in Gnesen, Hornstr. 145.
4. Für Inowrazlaw und Strelno. Vorsitzender: Stanislaus v. Brzeski-Gieslin bei Inowrazlaw. Stellvertretender Vorsitzender: v. Chrzanowski-Plawinek. Schriftführer: J. Sulerzycki-Koscielec bei Inowrazlaw.
5. Für den Kreis Kosten. Vorsitzender: Wlad. Glowacki-Zutkowo bei Kosten. Schriftführer und Kassierer: Nepom. Jafubowski-Parzenzewo bei Wielichowo.
6. Für Kröben und Krotoschin. Vorsitzender: Fürst Jdzisl. Czartoryski-Sielec bei Zutroschin. Schriftführer und Kassierer: Logzynski-Lipowiec bei Ruklinow. Das Ehrengericht bilden: Glembocki-Miepart und Szrehbrowski-Dzierzanow.
7. Für Mogilno und Schubin: Vorsitzender: v. Chrzanowski-Gozdawa. Schriftführer: Jeltz Grot-Gozdanin bei Gembiz-Mogilno.
8. Für Dobornik. Vorsitzender: Heinrich Dobrzycki-Dobornik. Kassierer: Kujczynski-Mieczajno bei Pamiontkowo. Schriftführer: Tomaszewski-Pacholewo bei Lang-Goslin.
9. Für Adelnau. Vorsitzender und Kassierer: Vincenz Niemojowski-Sliwnik bei Skalmierzpce. Schriftführer: Bolesl. Kulczynski, dort selbst. Rendant: Przybylinski, dort selbst.
10. Für Schildberg und Kempen. Die Direktion hat sich aufgelöst und bedarf der Reorganisation.
11. Für Pleischen-Zarotschin. Vorsitzender: Vincenz Niemojowski-Sliwnik. Schriftführer und Kassierer: Laurentius Janiak-Mzegocin bei Pleischen. Das Ehrengericht bilden, außer den Direktionsmitgliedern: Josef Czapski-Ruchary und Josef v. Chlapowski-Mzegocin.
12. Für Posen-Stadt. Vorsitzender, Schriftführer und Kassierer: Kasimir v. Kojutski-Posen, Halldorf-Straße Nr. 51. Zu diesem Kreise gehören alle außerhalb der Provinz Posen wohnenden Mitglieder.
13. Für die Kreise Posen-Ost und -West. Vorsitzender, Schriftführer und Kassierer: Leo v. Plucinski-Swadzim bei Sady.
14. Für Schroda. Vorsitzender: Stanislaus Milewski-Kijewo bei Schroda. Kassierer und Schriftführer: Otmianowski-Zrenica bei Schroda.
15. Für Schrimm. Vorsitzender und Kassierer: M. Bukowiecki-Gichowo bei Bielewo.
16. Für Samter und Birnbaum. Vorsitzender: Graf Franz v. Kwilecki-Dobrojewo. Kassierer und Schriftführer: Mackowiak-Dporowo bei Wronke.

17. Für Wongrowitz. Vorsitzender: J. Swinarski-Budziejewo bei Mietschisko. Stellvertretender Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer: Johann Kryjczak-Rakujady bei Schoffen. Das Ehrengericht bilden außer den Direktionsmitgliedern: Stanislaus Roznowski-Slembowo bei Podobowice und Stanislaus Andrzejewski-Stawiany bei Welnau.
18. Für Breschen. Vorsitzender: Grudzielski-Soletschno bei Breschen. Schriftführer: Philipp Skoraczewski-Bagatella bei Miloslaw. Kassierer: L. Eulenfeld-Breschen.
19. Für Fraustadt. Vorsitzender: fehlt. Kassierer und Schriftführer: Muszynski-Oberpitschen bei Fraustadt.

Unter Punkt 7 der Tagesordnung machte Graf Kwilecki-Dobrojewo den Vorschlag, der Vereinsvorstand möge einen Sommerausflug der Vereinsmitglieder nach einer Musterwirtschaft in Muregung bringen. So viel ihm bekannt, sei der Besitzer von Kwilez, Graf Kwilecki, gerne bereit, seine Güter zur Besichtigung dem Vereinsvorstande zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand nahm den Vorschlag gern zur Kenntnis und wird i. Zt. eventl. das weitere in die Wege leiten. Hierauf stellte v. Chrzanowski-Gozdawa den Antrag, die Vereinsstatuten einer genauen Prüfung zu unterwerfen und einige veraltete, den jetzigen Begriffen nicht mehr entsprechende Paragraphen abzuändern. Über diesen Antrag wurde abgestimmt. Die Stimmenmehrheit war, trotz des heftigen Einspruchs des Vorsitzenden, für die Änderung der Vereinsstatuten. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission, bestehend aus: Milewski-Rijewo, Graf Kwilecki-Dobrojewo, Sulczycki-Kojielec, v. Chrzanowski-Gozdawa, Uminski und Glowacki-Zurkowo gewählt und da keine weiteren Anträge gestellt wurden, die Versammlung durch den Vorsitzenden mit dem dringenden Ersuchen, für den Verein stets und überall einzutreten, ihm namentlich neue Mitglieder zuzuführen, nach zweistündiger Dauer, um 11 Uhr Vormittags geschlossen.

Portajewicz,
Königlicher Polizei-Inspektor.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 23 des Oredownik
vom 29. Januar 1903:

Beitrag zur Interpellation der polnischen Fraktion im Deutschen Reichstage.

Am nächsten Freitag kommt die Interpellation der polnischen Fraktion im deutschen Reichstage zur Beratung. Die Interpellation wird ohne Zweifel eine lebhafteste Diskussion hervorrufen, aber einen Beschluß wird der Reichstag schließlich nicht fassen. Nach § 33 der Geschäftsordnung des Reichstags dürfen nämlich bei Interpellationen Anträge nicht gestellt werden. Wo aber keine Anträge gestellt werden, da kann es auch keinen Beschluß geben.

Jedem Abgeordneten steht es zwar frei, ex re der Interpellation Anträge zu stellen, aber über solche Anträge berät und beschließt der Reichstag nicht gleichzeitig mit der Interpellation, sondern erst dann, wenn alle übrigen vorher im Reichstage eingebrachten Anträge schon erledigt worden sind.

Jegendwelche Beschlüsse des Reichstags haben wir also infolge der Interpellation nicht zu erwarten. Wir möchten nur noch auf folgende Angelegenheit aufmerksam machen:

Wie wir i. Z. bereits berichtet haben, richtete der Herr Rechtsanwalt Wyczynski in Strassburg an den Reichstag eine Petition des Inhalts, daß seinem Sohne, welcher jetzt als gewöhnlicher Rekrut in Danzig dient, die Berechtigung zum einjährigen Dienste wieder zugesprochen werde. Sobald die Reihe an diese Petition kommen wird, wird die Petitionskommission bezw. der Reichstag selbst mit Bezug auf sie einen Beschluß zu fassen haben. Die Angelegenheit des jetzigen Rekruten Wyczynski, eines Lemberger Akademikers, wird bei der Interpellation der polnischen Fraktion ohne Zweifel zur Sprache gebracht werden. Die Sache ist in der Tat der Art, daß sie unsere Verhältnisse schlagend charakterisiert, darum schildern wir hier kurz ihren Verlauf:

Im September 1901 wurde Herr Wyczynski wegen Zugehörigkeit zu einer geheimen Verbindung, in welcher polnische Sprachstudien getrieben wurden, zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Man entließ ihn aus dem Gymnasium und gestattete ihm nicht, das Reifeexamen in einem anderen Gymnasium abzulegen. Da er nicht im Besitz des Berechtigungsscheins für den einjährigen Dienst war, ersuchte er die Ersatzbehörden, ihm die Berechtigung ungeachtet jener Verurteilung zu erteilen. Die Ersatzbehörden wiesen den Antrag nicht zurück, sondern sie teilten ihm mit, daß die Entscheidung vertagt sei. Indes war Herr Wyczynski verpflichtet, sich als gewöhnlicher Rekrut vor der Ersatzkommission zu stellen. Da Herr Wyczynski sich in Lemberg für das Reifeexamen vorbereitete, beantragte er bei den Ersatzbehörden, ihn von der Gestellung zu befreien. Man bewilligte das und stellte ihm für das Jahr 1902 einen sogenannten Lösungsschein aus. Nach der Wehrordnung wird der Lösungsschein nur denen ausgestellt, welche für das laufende Kalenderjahr ihrer Gestellungspflicht genügt haben. Infolge der Ausstellung des Lösungsscheines beschloffen die höheren Ersatzbehörden, Herrn Wyczynski im Jahre 1902 nicht auszuheben.

Zu Anfang April 1902 wurde das im Thorner Prozeß gefällte Urteil rechtskräftig. Herr Wyczynski stellte bei der Lemberger Universität, woselbst er in der juristischen Fakultät außerordentlicher Hörer war, das Ansuchen um Ausstellung eines Zeugnisses über seine moralische Führung und schickte dies Zeugnis nach Marienwerder mit der Bitte, ihm die Berechtigung zum einjährigen Dienste zuzusprechen. Man stimmte diesem Antrage zu und stellte das einschlägige Dokument Herrn W. Ende April 1902 zu.

Im Juli 1902 gestellte sich Herr W. freiwillig zur Verbüßung jener 3 Wochen Gefängnis. Beim Verlassen des Gefängnisses wurde er verhaftet und nach Gilaun zur ärztlichen Untersuchung transportiert. Nachdem er als tauglich befunden worden war, zog man ihn Ende Oktober 1902 als gewöhnlichen Rekruten zur Ableistung der zweijährigen Dienstzeit ein.

Dies ganze Verfahren steht in offenbarem Widerspruch zu den Vorschriften der Wehrordnung. Der Vater des Herrn Wyczynski erörterte dies speziell in einer an den Reichstag gerichteten, 11 große Druckseiten umfassenden Petition. Es würde zu weit führen, wollten wir alle Ausführungen des Petenten wiederholen. Wir beschränken uns auf die wichtigsten.

1. Nach den Vorschriften der Wehrordnung darf die Berechtigung zum einjährigen Dienste entzogen werden, wenn nach Erteilung derselben eine gerichtliche Verurteilung erfolgt ist. Herr Wyczynski hat jedoch die Berechtigung schon nach rechtskräftiger Verurteilung erhalten.

2. Nach den Vorschriften der Wehrordnung darf die Berechtigung nur dann entzogen werden, wenn eine Handlung begangen worden ist, wegen deren Soldaten in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt werden, wegen Zugehörigkeit zu geheimen Verbindungen darf ein Soldat nicht in die zweite Klasse versetzt werden, mithin hat man auch aus diesem Grunde unbillig verfahren.

3. Wie oben gesagt, hat man schon zu Beginn des Jahres 1902 beschlossen, Herrn Wyczynski nicht einzustellen. Indessen ist dies entgegen diesem Beschlusse noch im Jahre 1902 geschehen.

4. Entgegen allen Vorschriften ist Herr Wyczynski gleich nach der Entlassung aus dem Gefängnis verhaftet und nach Gilau transportiert worden.

Aus Anlaß dieser letzten strafwürdigen Handlung stellte Herr Wyczynski bei der Staatsanwaltschaft den Antrag, das Strafverfahren gegen den betreffenden Beamten einzuleiten. Die Staatsanwaltschaft lehnte diesen Antrag in beiden Instanzen ab mit der Behauptung, es habe keine Verhaftung und Transportierung stattgefunden. Die Sache hat jetzt das Oberlandesgericht in Marienwerder entschieden und dahin erkannt, daß die Verhaftung des Herrn Wyczynski gesetzwidrig gewesen sei, der betreffende Beamte sei sich der Rechtswidrigkeit seines Verfahrens jedoch nicht bewußt gewesen. Das Oberlandesgericht stützt sich dabei auf die Ansicht des Reichsgerichts.

Das merkwürdige Resultat dieser Anschauungen:

Eine Privatperson, welche irgendjemanden gesetzwidrig der Freiheit beraubt, kann sich damit nicht verteidigen, daß sie sich der Rechtswidrigkeit ihres Vergehens nicht bewußt gewesen sei, aber ein Beamter, der dazu da ist, daß er seine Befugnisse kenne und nach dem Gesetze handle, kann sich auf dieses Nichtbewußtsein berufen.

Aus Nr. 24 des Dziennik Poznański
vom 30. Januar 1903:

Betrifft die Zulagen für Beamte.

(K.) Der neue preußische Etat enthält unter den sonstigen Positionen, welche zur Unterstützung des bedrohten Deutschtums bestimmt sind, 150 000 Mark zu Erziehungszwecken für höhere Beamte. Diese Position läuft, soweit sie die Richter angeht, den Vorschriften des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes zuwider.

Paragraph 7 derselben besagt:
(Folgt der Wortlaut.)

Kommentatoren dieser Vorschrift fügen hinzu, alle Remunerationen und Belohnungen, welche widerruflich und von dem Willen der vorgesetzten Behörde abhängig seien, seien für Richter ausdrücklich verboten. Das preußische Einführungsgezet zu dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz sagt:

(Folgt der Wortlaut der §§ 10, 11.)

Die Auswerfung von widerruflichen Beihilfen für die Richter zu Zwecken der Kindererziehung läuft mithin nicht nur dem bestehenden preußischen Gesetz zuwider, sondern es greift in das Gebiet des deutschen Gesetzes hinüber. Diese Position des preußischen Etats sollte Gegenstand einer Diskussion im deutschen Reichstage sein, da sie dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz zuwiderläuft.

Aus Nr. 24 des Dziennik Poznański
vom 30. Januar 1903:

Der Herr Abgeordnete Dr. Roman v. Komierowski

hat dem Zentral-Wahlkomitee nachstehendes Schreiben gesandt:

„Ich gestatte mir ergebenst mitzuteilen, daß ich für die künftige Reichstagskampagne ein Mandat nicht annehme, und zwar deswegen, weil es, nachdem ich ein Vierteljahrhundert lang Abgeordneter war, für mich Zeit ist, jüngeren Platz zu machen und weil ich unter den jetzigen Verhältnissen auch in beiderseitigem Rahmen unserer Sache nützlicher sein kann.

Gleichzeitig gestatte ich mir, 340 Mark beizufügen, die Summe, welche man mir aus der Kasse des Reichstags als Diäten für die Sitzungen der Tariffkommission ausgezahlt hat. Ich stelle sie Ihnen zur Verfügung mit dem Wunsche, daß sie zu Wahlzwecken Verwendung finden möchten als eiserner Fonds, der sich mit der Zeit durch größere Zuwendungen verstärken kann.

Mit Hochachtung
Roman v. Komierowski.

Niezychowo, 24. Jan. 1903.

Die oben erwähnten 340 Mark kann der geehrte Schatzmeister des Provinzial-Wahlkomitees jederzeit in unserer Redaktion in Empfang nehmen.

Und nun möge uns an dieser Stelle gestattet sein, unserm Bedauern über den Rücktritt einer so tüchtigen Kraft Ausdruck zu geben. Es ist dies, so viel wir wissen, schon der vierte Abgeordnete, welcher freiwillig die Fraktion verläßt. Und wie wir mit Bedauern hören, ist die Sache damit noch nicht zu Ende. Die Sphären, welche so heiß danach strebten, die Kräfte in unseren Fraktionen zu erneuern, sollten sich jetzt doppelt verpflichtet fühlen, die Abgänge durch das vorzüglichste Material zu ersetzen.

Bisher treten ab: Pfarrer Dr. v. Jazdzewski, Domherr Neubauer, W. Terzykiewicz und Dr. Komierowski. Wenn sich das Gerücht bewahrheiten sollte, daß auch Herr Bernhard v. Chrzanowski verzichten will, so wird das ein großer Verlust sein, den wir nicht sobald erwarteten, nachdem wir mit aller Bereitschaft für seine Kandidatur eingetreten waren. Wir meinten, seine Wahl werde uns in Posen eine ganze Reihe von Jahren des Wahlfriedens sichern.

Aus Nr. 25 des Postep
vom 31. Januar 1903:

Zu der Erklärung des Abgeordneten Dr. Roman v. Komierowski, daß er auf eine Wiederwahl verzichte, macht der Postemp folgende Ausführungen:

Wer da will, der möge in Gottes Namen sein Mandat niederlegen, insbesondere diejenigen Abgeordneten, welche sich unseren neuen politischen Begriffen nicht anpassen können, welche unsere politische Politik stets vom Standpunkte des Adels aus behandelt haben, welche sich so oft im Reichstage mit den polnischen Interessen und mit den Interessen der ärmeren Kreise in offenen Widerspruch setzten, indem sie für die Vermehrung des deutschen Heeres und der deutschen Marine stimmten. Unsere Verhältnisse drängen jetzt dahin, daß die Vertreter der früheren Richtung von der Repräsentation des Volkes zurücktreten. Das ganze Verhältnis der pol-

nischen Fraktion zu den breiten Massen unseres Volkes war künstlich und unnatürlich, ebenso wie es auch mit Hilfe des Einflusses des Adels und der Geistlichkeit künstlich erhalten wurde, von denen der größte Teil diese ungeunden sozialen Verhältnisse mit ganzem Herzen unterstützte. Die Zeiten ändern sich und die Leute von veralteten Ansichten müssen einer anderen politischen Führerschaft Platz machen. Unsere polnische Sache verliert bei dieser Änderung nichts, sie kann dabei hinsichtlich der politischen Durchbildung der breiten Massen unserer Volksgesamtheit nur gewinnen. Denn es gibt sich doch niemand der Hoffnung hin, daß, wenn Leute von anderer Überzeugung zu Abgeordneten gewählt werden, diese auch nur die geringste Änderung zur Besserung unserer nationalen Verhältnisse herbeiführen könnten. Die früheren Abgeordneten haben versucht, in dieser Beziehung etwas zu veranlassen, doch sie haben sich dabei fürchterlich die Finger verbrannt, weil sie der nüchternen Stimme des Volkes nicht gefolgt sind. Die neuen Abgeordneten werden es gar nicht erst versuchen. Der ganze Abgeordnetenwechsel soll dagegen vielmehr auf unsere inneren polnischen Verhältnisse eine Einwirkung ausüben, damit die Abgeordneten der Ausdruck derjenigen Massen werden, welche früher als politische Null und als Stimmvieh betrachtet wurden, aber nunmehr an dem politischen Leben Anteil nehmen wollen. Von den zurücktretenden Abgeordneten kann es uns am meisten um den Herrn Kanonikus Neubauer aus Westpreußen leid tun, welcher ein guter Redner war. Außerdem war er auch kein verpöchter Versöhnungspolitiker und ließ seine politische Meinung nicht durch diejenige Fremder beeinflussen, wie es der größte Teil unserer Abgeordneten während des von der Versöhnungspartei ausgeübten Druckes getan hat, indem sie ihren schönsten die Fenster deforiert hatten, während hier in Krotoschin dies mit ausgesuchter Sorgfalt die Polen getan haben.

Aus Nr. 25 des Goniec Wielkopolski
vom 1. Februar 1903:

Krotoschin, 27. Jan.

Zum ersten Male habe ich am Dienstag, den 27. d. Mts., Krotoschin illuminiert gesehen. Ich muß, wenigleich ungerne, zugeben, daß die Illumination auf mich einen tiefen Eindruck gemacht hat. Sie bringt mir Bosen in Erinnerung, nur mit dem Unterschied, daß in Bosen während des Besuchs Kaiser Wilhelm II. die Juden am sorgfältigsten und schönsten die Fenster deforiert hatten, hier in Krotoschin dies mit ausgesuchter Sorgfalt die Polen getan haben.

Jede Illumination ist eine Befundung von Freude und ein Ausdruck von Zufriedenheit. Ich frage nun, ob die polnische Bevölkerung mit der Regierung zufrieden sein kann, ob sie Grund zur Freude und Fröhlichkeit hat? Auf diese Frage wird selbst ein Pseudopole eine Antwort finden. Unsere Sprache ist aus Schulen und Antern ausgeschlossen, die polnische Jugend macht wahre Folterqualen durch, die Eltern vergießen Tränen; der polnische Boden wird aufgekauft, — dieser von Märtyrerblut durchzogene Boden, — um niemals mehr in polnische Hände zu rückzukehren, und die Sakatisten fordern sogar, daß man uns zu offenbaren Sklotten degradiere, zu Proletariern, zu Sklaven; man fordert, daß man uns verbiete, in den Kirchen polnisch zu Gott zu beten, daß man uns unsere Genossenschaften, unsere Rassen nehme, mit einem Wort, daß man uns geistig

und materiell vollständig ohnmächtig mache und uns den Deutschen auf Gnade und Ungnade ausliefere.

Unter diesen Verhältnissen können die Polen kaum Zufriedenheit und innere Freude zeigen. Selbst der ehrliche Deutsche wird uns Recht geben. An erster Stelle müssen bei uns nationale Empfindungen herrschen, und erst an zweiter Stelle solche der treuen Untertänigkeit.

Die Polen haben niemals den Monarchen, die über sie herrschten oder herrschen, die Ehrerbietung verweigert. Beweis dafür ist schon der Umstand, daß bei uns weniger Majestätsbeleidigungsprozesse vorkommen, als in deutschen Gegenden, und daß die Sozialdemokratie unter dem polnischen Volke fast gar keine Anhänger hat. Wir geben gerne dem Kaiser, was des Kaisers ist, und in dieser Hinsicht kann uns niemand etwas vorwerfen. Aber das Illuminieren am Geburtstage des Monarchen läuft in heutigten Zeiten den nationalen Empfindungen zuwider, und jeder ehrliche Mensch ekelt sich vor Heuchelei und Falschheit. Und Falschheit ist es, die wahren nationalen Gefühle zu verbergen, Heuchelei ist jede vorgespielte Freude. Sind wir also nicht Heuchler, wenn wir die wahren nationalen Gefühle maskieren und des Geschäfts halber in den Fenstern unserer Wohnungen und Läden Lichtlein antbrennen bei einer Festlichkeit, die in unserer Seele keine festliche Stimmung wecken kann? Heuchelei ist ein sehr häßlicher Fehler. Wie könnte also irgend jemand von uns verlangen, daß wir durch Heuchelei, durch politische Heuchelei sündigen.

Mit wenigen Ausnahmen haben fast alle polnischen Kaufleute und Handwerker, sogar unabhängige Bürger illuminiert.

„Des Geschäfts wegen muß man illuminieren“, sagte mir am Dienstag ein gewisser polnischer Kaufmann. Bruder, täusche Dich nicht mit der Hoffnung, daß Du durch das Anzünden eines Lichtleins Dir eher deutsche Kunden verschaffen wirst, oder daß Du diejenigen, welche Du hast, nicht verlierest; denn nur noch vereinzelte unter den Deutschen kaufen bei dem Polen das und jenes, die Allgemeinheit gibt seit langem den Aufforderungen der deutschen Presse, des Sakatismus Folge. Täusche Dich nicht mit der Hoffnung, daß Du in der deutschen Bevölkerung sichere und gute Abnehmer habest, denn früher oder später werden sie abfallen und dem Beispiel ihrer Landsleute folgen, — für Dich aber wird nur die Erinnerung an diese „sicheren“ und „guten“ Kunden übrig bleiben.

Wir haben jedoch, Gott sei Dank, auch in Krotoschin polnische Kaufleute, welche mutig die Stirn bieten in Verteidigung ihrer nationalen Rechte, welche des Geschäfts halber die nationale Würde nicht verletzen, welche nicht lügen.

Mit Wahrheit und Gott werden wir am besten fortkommen, werden wir uns am schnellsten eine Änderung der Verhältnisse erkämpfen; mit Wahrheit und Gott, mit Arbeit und Gewissenhaftigkeit wollen wir für die Existenz kämpfen, nicht mit Heuchelei! Iris.

Aus Nr. 25 des Dziennik Berlinski
vom 31. Januar 1903:

Die Illumination und die polnischen Kaufleute und Industriellen.

Inowrazlaw, 28. Jan.

Die gestrige Illumination fiel in unserer Stadt prächtiger aus als in den vergangenen Jahren, und zu ihrer Pracht hat eine bedeutende Anzahl polni-

scher Industrieller und Kaufleute beigetragen! Es ist das eine wunderbare Erscheinung, umsomehr, als nicht alle jüdischen und deutschen Kaufleute illuminiert haben.

Die größere Hälfte der polnischen Kaufleute hatte illuminiert, und manche von ihnen haben — gleichsam wie geborene preußische Patrioten — die Deutschen durch schöne Dekorationen übertroffen!

In den letzten Jahren hat nur dieser und jener Pole mit Rücksicht auf seine deutsche Kundschaft illuminiert, und daraus könnte man schließen, daß die loyalen Strömungen in Inowrazlaw gegenwärtig das Übergewicht haben und daß binnen kurzem eine neue Ära des Kriechens eintreten wird. Man muß sich in der Tat wundern, daß heute noch solche Sachen geschehen trotz der fortwährenden Schläge des unverföhnlichen preußischen Systems „a u s r o t t e n“!

Und welche von den polnischen Industriellen und Kaufleuten sündigen am meisten durch eine derartige „Humanität“, die ein so sonderbares Licht auf unseren kaufmännisch-industriellen Mittelstand wirft?

Mit wenigen Ausnahmen sind es diejenigen, die schon so viel haben, daß sie von der Gnade oder Ungnade der deutschen Kundschaft nicht abhängig sind!

Anstatt den materiell schlechter gestellten Landsleuten mit gutem Beispiel schlechter voranzugehen, suchen diese Herren auf dieselben einen schlechten Einfluß auszuüben, indem sie den Mammon höher achten als die nationale Würde.

Schickt sich's wohl für einen wahren Polen, und sei es auch des „Geschäftes“ wegen, seiner menschlichen Würde zu vergessen und sich durch Täuschung und Erniedrigung die Gnade der Polizei zu erwerben?

Nein, das schickt sich nicht! Denn wir sind nicht seelenlose Krämer, es ist uns nicht erlaubt, des Mammons wegen die nationale Fahne zu erniedrigen und mit dem Empfinden des großen Unrechts und der Ungerechtigkeit, womit unsere polnische Herzen unaufhörlich überfüllt sind, sein Spiel zu treiben.

Die Regierung und der Sakatismus triumphieren, wenn sie diese Erscheinungen auf polnischer Seite gewahren und erblicken in ihnen den Erfolg des gegenwärtigen Systems der antipolnischen Politik. Diese irrige Überzeugung aber facht sie an, immer schwereres Geschütz gegen die Polen aufzufahren, denn sie meinen des Sieges gewiß zu sein. „Über ein Kleines — und wir werden sie alle gedemütigt haben“, so erklingt es freudig unter den preußischen Chauvinisten.

Ein vernünftiger Deutscher verabscheut eine solche von polnischer Seite geübte Täuschung, keineswegs aber veranlaßt sie ihn dazu, einen solchen polnischen Kaufmann oder Industriellen zu unterstützen, das kann allein nur gute Ware, gute Bedienung und zum großen Teile die Gewohnheit tun.

Die polnische Gesamtheit läßt es leider ungestraft dahingehen, daß ein solch polnischer Industrieller mit seinen nationalen Empfindungen leichtfertig umgeht und unterstützt ihn fernerhin.

Ist denn ein solches Befinden von pseudopatriotischen Empfindungen zum Zwecke der Erwerbung deutscher Kundschaft nicht gleichzeitig auch eine Geringschätzung der polnischen Kundschaft?

Sollte denn die polnische Gesamtheit in erster Reihe nicht diejenigen polnischen Industriellen und Kaufleute unterstützen, die durch ein derartiges Verhalten sich bei den Deutschen beliebt zu machen — niemals sündigen?

Diese für die Gesamtheit der polnischen Kaufleute und Industriellen so überaus wichtige Sache

sollte zum Zwecke der Herbeiführung einer eingehenden Diskussion darüber in allen polnischen Zeitungen bekannt gegeben werden.

Ein Pole.

Aus Nr. 28 des Kurjer Poznański

vom 5. Februar 1903:

Zu dem vom Herrn Oberpräsidenten der Provinz Posen unterm 22. Januar d. J. Nr. 209/03 A erteilten Bescheid in Sachen der Schrodaer Provinziallandtagswahlen meint der Kurjer:

„Angesichts obigen Schreibens des Herrn Oberpräsidenten wäre polnischerseits die beste Antwort, wenn bei denjenigen polnischen Gütern im Schrodaer Kreise, welche polnischen Besitzerinnen gehören, die Männer als Mitbesitzer eingetragen würden. Dadurch würden wir die Stimmenmehrheit gewinnen.“

Aus Nr. 22 des Goniec Wielkopolski

vom 29. Januar 1903:

Vivat sequens!

B r o m b e r g.

Vivat sequens! Bromberg tritt betreffs des Schuldenmachens in Posens Fußstapfen.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Bromberg begründete der Oberbürgermeister Herr Knobloch, weshalb aus dem Jahre 1901 die Kleinigkeit einer Schuld von 95 000 Mark zurückgeblieben sei. Es würden also 4 bis 6 Prozent höhere Abgaben zu zahlen sein. Es hänge nur von den Stadtverordneten ab, in welcher Weise sie die Schuld zu regulieren gedächten. Die Deckung des allgemeinen Defizits erheischt 16 Prozent mehr als im Vorjahre. Neugierig sind wir, wer die mangelnde Umsicht der Magistratsingenieure bezahlen wird, wodurch in der Brückenstraße ein großer Schaden entstanden ist. Die Regulierung der Wasserleitungsröhren ist dort, soviel uns bekannt ist, einem sogenannten Fachmeister übertragen worden. Damit aber das Bürgertum wisse, welche Fachschule der Herr Bohrmeister durchgemacht hat, so teilen wir mit, daß er Fleischer und später Gefangenentransporteur gewesen ist. Über unsere städtische Wirtschaft ist so mancher entrüstet. Die künftigen Stadtverordnetenwahlen werden vielleicht anders ausfallen als bisher.

Heut hat die Musterung der Bromberger Gar-nison vor dem Kaiser Wilhelm-Denkmal stattgefunden. Die Sakatisten marschierten nicht.

Für das neue Schützenhaus ist am Dienstag Mittag der Grundstein gelegt worden.

Eine kräftige Stütze hat die Politik „zur Förderung der Ostmark“ verloren. Herr Abicht verkaufte Bücher und Bilder in der Altstadt. Als es ihm hier zu eng wurde, verzog er in die Gegend der bedeutenderen Pleiten. Er veranßerte sein Geschäft bedeutend, war mit einem Male ruiniert, und am Dienstag hat man ihn wegen Fälschung der Bilanz auf 9 Monate eingesperrt. Der Vater dieses Kämpen der Politik der Kunst verstarb am Sonnabend aus Gram. Abichts Leibblätter schreiben über diesen Fall nichts. Wenn gleiches aber einem der unseren passiert wäre, wie hätte sich dann unserer Rundschau die Perücke gestraubt.

In Bromberg könnte sich mit Erfolg ein tüchtiger Photograph niederlassen. In der Altstadt gibt es überhaupt keinen Photographen.

Zum letzten Male mahnen wir die professionsmäßigen Kartenspieler in Bromberg! Wenn sie nicht aufhören werden, wie die Eulen in der Nacht bei den Karten zu sitzen, so werden wir sie mit Namen nennen oder das einschlägige Lokal bezeichnen.

Aus Nr. 22 des Dziennik Poznański
vom 28. Januar 1903:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Gütiger, geehrter Herr Redakteur!

Fast die gesamte Posener und sogar die auswärtige Presse bespricht meine angebliche Absicht, Choryn und Zerka der Ansiedelungskommission zu verkaufen. Diese Gerüchte, welche schon vor einigen Wochen in Posen kursierten, waren schon verstummt infolge meines kategorischen Bestreitens in einigen Zeitungen.

Indes ist ein „angesehener Bürger“ neuerdings im Kurier Poznański mit der Warnung hervorgetreten, daß jene Gefahr von neuem drohe. Diese Denunziation ist schändlich. Das „Calumniare audacter, semper aliquid haeret“ bestätigt sich auch in diesem Falle. Denn obgleich ich niemals mit irgend jemandem in Verkaufsverhandlungen gestanden habe oder stehe — wofür Gott mein Zeuge ist —, was nützen mir alle Dementi und Widerrufe, da schon so manches unserer Blätter bemerkt, es sei das die übliche Prozedur, welche dazu diene, die öffentliche Meinung einzulullen. Denen, welche mir nicht glauben wollen, wird wohl die Zukunft beweisen, daß ich feindlichen Elementen mein Land nicht verkaufe.

Es ist das nicht erst die Folge öffentlicher Mahnungen, auf dem Wege der Pflicht zu verbleiben, sondern ich würde das nie tun, da es meinem Empfinden, meinen Wünschen und Grundrissen zuwiderläuft, unter denen ich aufgewachsen bin, gemäß denen ich bisher lebte und denen ich bis zum Tode treu bleiben werde.

Choryn, den 25. Januar 1903.

Wladislaus von Taczanowski.

Aus Nr. 21 des Goniec Wielkopolski
vom 28. Januar 1903:

Die von dem verstorbenen Rauh

hinterlassenen Güter sind bedroht. Herr Switalski aus Janowitz hat als Erbe des verstorbenen Rauh das Gut Witowice bei Kruschwitz im Werte von 800 000 Mark erhalten. Herr Switalski will Witowice verkaufen. Es ist zu befürchten, daß das Gut in deutsche Hände oder in den Besitz der Ansiedelungskommission gelangen kann. Die benachbarten deutschen Gutsbesitzer sind bereits rührig am Werke, Witowice in deutsche Hände zu liefern. Wir glauben, daß Herr Switalski entsprechende Schritte tun wird, damit Witowice in polnische Hände gelange, und daß er dessen eingedenk bleiben wird, daß das reiche Erbe von einem Polen her stammt. Hoffentlich wird er dafür sorgen, daß, sofern sich kein polnischer Käufer findet, irgend ein polnisches Parzellierungsinstitut das Gut kaufe und parzelliere.

Aus Nr. 22 des Dziennik Kujawski

vom 28. Januar 1903:

Eine entrüstete Äußerung

geht uns aus Tremessen zu:

In den Nummern 16, 17 und 18 der Ostdeutschen Rundschau war folgende Annonce des Wirtes Herrn Zielecki (des Schwiegersohnes des Händlers St. Rybski aus Tremessen) enthalten:

„Beabsichtige mein

Grundstück,

ca. 400 Morgen groß, nahe der Bahn, reiner Weizenboden, mit totem und lebendem Inventar unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

W. Zielecki, Strzelce,

Post Kwiecień.

Jene Ostdeutsche Rundschau hat aus dem polnischen Bauern Zielecki einen „Zielecki“ gemacht!

Ist es nötig, daß ein solch polnischer Bauer in deutschen „Lappen“ annoncieren läßt? Gibt es denn nicht genug polnische Blätter? Will jener umgetaufte Zielecki seine 400 Morgen Acker durchaus einem Deutschen oder dem Redakteur der Ostdeutschen Rundschau verkaufen?

Ich wußte nicht, wie mir geschah, als ich zufällig diese Rundschau in die Hand bekam und erfahren mußte, daß ein solch polnischer Bauer zu geben kann, daß sein rein polnischer Name dermaßen verunglimpft wird.

Der Poststempel Kwiecień lautet heute noch „Kwiecień“; jener Haktist hat den Ort in „Kwiecień“ umgetauft.

Ist dem Zielecki das alles bekannt? O Grauen! Unaufgeklärtes Volk, wenn Du Dich selbst unnötigerweise germanisierst und Dich rühmst, „deutsch“ zu können!

Schmerzlich, aber wahr.

Wenn hier in Tremessen deutsche Predigt für die deutschen Katholiken gehalten wird, so drängen sich die polnischen Bauern in die Kirche, füllen das Gotteshaus bis auf den letzten Platz und sperren den Mund auf. Sind sie in der Heiligengeist-Kirche nötig, wenn sie nicht deutsch verstehen? Haben sie denn nicht allsonntäglich und an den Feiertagen polnische Predigten im Dome?

Man muß Grauen empfinden über das, was vorgeht; für die Deutschkatholiken reicht die Heiligengeist-Kirche nicht mehr aus, denn sie ist zu klein, und sie verlangen, daß für sie die Gottesdienste im Dome abgehalten würden.

Es ist das eine traurige Erscheinung! Unser polnischer Bauer, unser rechtschaffener Wirt, dessen Polentum von seinen Ahnen und Urahnen her datiert, der auf polnischer Erde geboren ist, den diese polnische Erde genährt, der immer wieder hört und sieht, wie uns die Deutschen hassen, wie sie sich auf unseren Gefilden breit machen, wie sie gierig jede Gelegenheit ergreifen, um uns ein Stücklein polnischen Landes zu entreißen, wie sie uns durch ihre Überzeugung zu Deutschen machen wollen — geht zu diesen Deutschen und läßt sich, weil er sich seines polnischen Namens schämt, umtaufen!

Nicht genug damit. Wenn er in dem deutschen Blatte annonciert hat, so geht er auch mit der Absicht um, seine Wirtschaft einem Deutschen zu verkaufen, denn er muß doch wissen, daß kein Pole dieses haktistische Blatt liest.

Welchen Erfolg haben die herzlichen Auforderungen in unserer Zeitung gehabt: Behalten wir den Grund und Boden unserer Väter! Was nützen alle Mahnungen und Belehrungen anderer Blätter? Ließt denn jener polnische Wirt keine polnische Zeitung?

Wie konnte er nur auf einmal drei nationale Sünden begehen? Er trug seinen polnischen Groschen zu einem Deutschen, gestattete die Verdeutschung seines polnischen Namens und trägt sich mit der Absicht, seine 400 Morgen große polnische Besitzung einem Deutschen zu verkaufen! Ist das nicht schändlich?

Es ist uns ohnehin schon wenia genug väterlichen Bodens verblieben. Sollten wir auch diesen noch verkaufen?

Die Verkäufer sind gleichsam das Unkraut, das wir unter uns ausjäten sollten. Bitten, flehen, erinnern — so lange es Zeit ist, und wenn das nicht hilft, dann unter den öffentlichen Pranger gestellt, damit sie beizeiten vom dem Wege des Bösen abweichen, denn nach dem Verrate, welchen sie an ihrem väterlichen Boden begangen haben, wird jeder vor ihnen fliehen wie vor einer Seuche.

Insofern uns eine Nachricht wie die obige mit Traurigkeit und mit Schmerz erfüllt, insofern sollten wir uns über jede Nachricht freuen, die da bestätigt, daß die Vaterlandsliebe unter uns noch nicht erloschen ist, die Vaterlandsliebe, welche sich darin offenbart, daß an dem väterlichen Besitztume festgehalten oder daß solcher aus deutschen Händen wieder erstanden wird.

Mit Zufriedenheit und voller Freude lesen wir daher in der Gazeta Torunska:

„Aus Starachin bei Stuhm (Westpreußen) wird uns geschrieben:

Die Besitzung des Brzozowski, eines Deutschen, mit dazugehöriger Windmühle, das Anwesen des Dreichel, eines Deutschen, mit dazugehörigem Gasthause, die Besitzung des Juden Hermann, mit dazugehörigem Gasthause, sind nach einer Reihe von Jahren wieder in polnische Hände übergegangen.

Herr Viedermann hat seine Besitzung, welche bisher immer in polnischen Händen war, aufgeteilt und nur an Polen verkauft. Es sind für den kleinen Morgen, d. h. für 180 Quadratmeter, durchweg 400 Mark bezahlt worden.

Die Herrschaft Sypniewski hat ihre 50 Hektar große Besitzung ihrem Sohne übergeben.

Den neuen Besitzern „Glück auf!“

Wir bedürfen ihrer mehrere!

Aus Nr. 9 des Sokół von 1902:

Der Verbandsvorstand in Galizien

erließ in Rücksicht auf das allgemeine Turnfest, welches im nächsten Jahre in Lemberg stattfinden soll, folgenden Aufruf:

Kameraden!

Am 28. und 29. Juni 1903 findet in Lemberg ein Turnfest statt.

Das ist die Ankündigung eines großen Sokolfeiertages und gleichzeitig das Lösungswort, welches die Zeit vor dem Turnfest in unseren Vereinen, in unseren Gauen und in unserem Verbandsausfüllen soll, die das Recht hat, die Zeit der Bewegung und des Lebens genannt zu werden.

Alles das, was in diesen einigen Monaten bei uns erdacht, beschlossen und getan werden wird, muß sich in einem ausdauernden Ziele, in dem Ziele für das Gelingen des Turnfestes vereinigen!

Laßt uns alle in dem Gedanken arbeiten, daß wir unsere erworbenen Fähigkeiten so vielseitig und

so würdig wie möglich zur öffentlichen Schau zu stellen haben und daß die polnische Volksgesamtheit unser Richter sein wird, welches ihr Urteil nach Maßgabe der Begriffe und Hoffnungen fällen wird, die es sich von ihren Sokolvereinen gemacht hat und die es mit ihnen verbindet.

Wir sind eine wichtige, ihrer Wege und Ziele wohl bewußte nationale Organisation, welche sich zu den Grundsätzen bekennt, daß die Zukunft den Kräftigen und Gesunden gehöre; möge dieses Bekenntnis nicht in Worten sein Ende erreichen. Es sind Taten erforderlich, es ist erforderlich, daß sich die Turner zu den Übungsfällen drängen und den Platz des Turnfestes füllen! Nur durch die Erfüllung dieser Pflichten, nur mit unserer Aufgabe entsprechenden Taten erlangen wir für das Sokoltum allgemeine Anerkennung und erobern wir alle polnischen Herzen. Wir bilden einen Vorposten, welcher mit seinem treuen Lösungswort und mit seinem Ideal noch keinen Augenblick an dem Sieg des polnischen Gedankens gezweifelt hat; laßt uns die polnische Volksgesamtheit durch unseren Eifer und durch unsere tatkräftige Arbeit zur Schaffung Hunderter, ja Tausender solcher verwandter Vorposten hinreißen, auf welchen der polnische Gedanke nicht abdanken und die polnische Arbeit nicht aufhören wird.

Wir sind ein Orden der Brüderschaft, der Liebe und dem Dienste der Bürger geweiht; laßt uns durch eine tatkräftige Betätigung der Grundsätze dieses Ordens alle Landsleute zur Verbrüderung und Vereinigung für eine einträchtige und wirksame Verteidigung unserer Rechte erwärmen, welche durch Blut, Schweiß und durch die Kulturarbeit unserer großen und berühmten Vorfahren errungen sind.

Daher fordern wir Euch Kameraden zur allgemeinen, ausdauernden und zielbewußten Arbeit auf. Gruß!

Lemberg, den 23. November 1902.

Der Vorstand des Sokolverbandes.

Hoffentlich faßt unser Verbandsvorstand unverzüglich Beschluß hinsichtlich des Lemberger Turnfestes, damit einheitliche Vorarbeiten getroffen werden. Wir müssen uns besser, als wie in Prag auszeichnen, wo wir in einer Stärke von ca. 40 Sokols vertreten waren und nicht ein einziges Mal öffentlich aufgetreten sind. Entweder öffentlich und ehrenvoll auftreten oder erst garnicht hinsfahren.

Aus Nr. 9 des Sokół von 1902:

Gräß.

Trotz aller Bemühungen des Verbands- und des Gauvorstandes sowie einzelner sich dafür interessierender Personen ist es bisher noch nicht gelungen, hier einen „Sokolverein“ ins Leben zu rufen. Wir haben jedoch die Hoffnung, daß diese Uneinigkeit der Energie sowie einem starken Glauben Platz macht und dort über kurz oder lang ein Sokolverein gegründet werden wird.

Aus Nr. 9 des Sokół von 1902:

Oberhausen II

hat 10 Exemplare der Verbandszeitschrift „Sokol“ abonniert. Vorsitzender des Vereins ist Kamerad Stanislaus Urbania, Rosenstraße 49. Der Verein wohl gewiß der stärkste in Westfalen und im Rheinland, zählt 105 Mitglieder und besitzt ein Vermögen von 165 Mark; zum Turnen benutzt er die Geräte des aufgelösten deutschen Turnvereins.

Aus Nr. 9 des Sokół von 1902:

B u f.

Nach dem Tode des Herrn Degorski haben wir den Kameraden Dr. Bialy zum Vorsitzenden gewählt. Diese junge energische Kraft wird unserem Sokółleben unzweifelhaft einen neuen Antrieb geben und das erste Resultat dieser Änderung werden Zögling- und Frauenabteilungen sein, die im neuen Jahre unwiderruflich eingerichtet werden. Zum nächsten Turnfest stellt Buf mindestens 20 aktive Turner. Gruß!

Aus Nr. 24 des Wielkopolanin

vom 30. Januar 1903:

Es wird immer besser!

Aus dem Kreise Protoschin wird uns mitgeteilt, daß in einigen Gemeinden die Ortsvorsteher von den Gendarmen gefragt wurden, wieviele polnische Zeitungen in diesen Dörfern gehalten würden. Einer der Gendarmen hat den Ortsvorsteher um Angabe der Anzahl der abonnierten Exemplare und der Namen der Zeitungen.

So lautet die Mitteilung. Wir sind der Ansicht, daß die Ortsvorsteher solchen mündlichen Anordnungen oder Wünschen der Gendarmen nicht zu entsprechen brauchen.

Der Gendarm ist in keinem Falle ein Vorgesetzter des Gemeindevorstehers.

Wenn der Gendarm die Anzahl der in den Dörfern gehaltenen polnischen Zeitschriften wissen will, so möge er selbst nachforschen.

Wenn aber der Gendarm oder irgend ein anderer die Dorfbewohner fragen sollte, wieviele und was für Zeitungen sie halten, so ist niemand dazu verpflichtet, diese Frage zu beantworten.

Wir wissen nicht, zu welchem Zwecke diese Ermittlungen angestellt werden, jedoch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es nicht deshalb geschieht, um die Verbreitung der polnischen Zeitungen zu fördern — besonders jetzt vor den Wahlen.

Einem solchen Neugierigen muß man ruhig antworten, daß ihm das nichts anginge, wieviel und was für Zeitungen man halte.

In diesem Falle wird jedenfalls Schweigen Gold sein.

Aus Nr. 19 des Dziennik Kujawski

vom 24. Januar 1903:

M a m l i z.

Über die Einführung des deutschen Religionsunterrichtes, sowie über die Einführung der deutschen Katechismen wird uns aus Mamliz folgendes geschrieben:

Mit dem Beginne dieses Jahres ist in der Schule zu Mamliz der deutsche Religionsunterricht eingeführt worden. Der Lehrer Herr W. hat an sämtliche Kinder deutsche Katechismen und biblische Geschichten gratis verteilt. Als aber die Kinder, dem Willen ihrer Eltern entsprechend, sich weigerten, die deutschen Schulbücher mit nach Hause zu nehmen, hat man sie gezüchtigt, und sie mußten in der Schule nachsitzen; gleichzeitig ist ihnen gedroht worden, daß sie noch über das 14. Lebensjahr hinaus würden zur Schule gehen müssen, daß die Regierung die der Schulgemeinde gewährte Beihilfe zurückziehen werde usw., so daß die Gemeinde größere Lasten tragen müssen.

Infolgedessen und auf Grund der Drohung nahmen die Kinder die Katechismen mit nach Hause und sind gezwungen, die Religion in deutscher Sprache zu lernen.

Um die Kinder zum Lernen des deutschen Katechismus anzuspornen, soll sich der Lehrer darauf berufen, daß sich auf den deutschen Katechismen die Unterschrift des hochwürdigsten Erzbischofs befände. Wie bekannt, sind die Katechismen hauptsächlich für die deutschen Katholiken bestimmt. — Mamliz ist dasselbe Dorf, in dem der arme Josef Hetman in der Schule gezüchtigt worden ist.

Es ist uns in der Tat schwer, daran zu glauben, daß daselbst der Religionsunterricht in der deutschen Sprache und auch deutsche Katechismen eingeführt werden sollten und zwar angesichts der von oben herab gesprochenen Worte: „Bewahret dem Volke die Religion!“ Man kann von den Glaubensgrundsätzen nur dann durchdrungen werden und den Religionsunterricht nur dann verstehen, wenn er in der Muttersprache erteilt wird. Wir bitten um nähere Einzelheiten in dieser Angelegenheit.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 23 der Gazeta Toruńska

vom 29. Januar 1903:

Erklärung.

M u s B e l p l i n.

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Die geehrte Redaktion bitte ich ergebenst um Aufnahme nachstehender Erklärung in die nächste Nummer der Gazeta Toruńska:

Um alle Zweifel zu beseitigen, welche hier und da in unseren öffentlichen Blättern hinsichtlich meiner Kandidatur auftauchen, erkläre ich hiernit, daß ich ein Mandat weder für den preussischen Landtag noch für den deutschen Reichstag weiterhin annehme.

Belpin, 27. Januar 1903.

Pfarrer Anton Neubauer.

Aus Nr. 11 der Gazeta Grudziadzka

vom 24. Januar 1903:

Der Geist der Zwietracht,

welcher unser Polen zum Sturz gebracht, die Landtage aufgelöst und den habgierigen Nachbarn die Unterjochung unseres polnischen Landes erleichtert hat und welcher endlich ganze Reihen von Verrätern und Verkäufern erzeugt hat, beginnt in Westpreußen von neuem in vollem Umfange zu wirken und tritt am hartnäckigsten in der Gazeta Gdanska auf.

Ihr werdet gewiß erraten haben, liebe Brüder, daß es sich hier um die Person unseres Verlegers Herrn Kulerski und besonders um seine Abgeordneten kandidatur handelt.

Daß die „Herrchen“ der Gazeta Gdanska gegen die Kandidatur des Herrn Kulerski sind und ihn auf die nichtwürdigste Weise angreifen, wollen wir hier ganz aus dem Spiele lassen, denn schließlich ist ihnen das so lange erlaubt, bis unsere höchste Wahlbehörde diese Kandidatur bestätigt hat. Dagegen müssen wir die Auslassungen jener Herrchen der Gazeta Gdanska verurteilen, welche sie sich in der Donnerstagsnummer ihrer Zeitung erlaubt haben. Nach diesen Auslassungen verdammt irgend ein „Kaplan“ aus den Tucheler Wäldern das Wahlkomitee des Tucheler

Kreises, den Weiter der Tucheler Volksversammlung Herrn Dr. Karasiewicz — und schließlich teilt er mit, daß verschiedene Personen erklärt hätten, für Kulerski nicht stimmen zu wollen und daß das „vollständig unglückliche Verhalten des Komitees leicht zur Entzweiung führen könne.“

Das ist nicht mehr eine erlaubte Bekämpfung einer unangenehmen Kandidatur, sondern das ist die Vorbereitung zur Entzweiung bei den kommenden Wahlen. So fällt es uns auch schwer zu glauben, daß diese Korrespondenz aus den Tucheler Wäldern von einem polnischen Kaplan herrühren könne, wir können nur annehmen, daß sich hier irgend ein „Herrchen“ hinter die Kaplanswürde versteckt, damit seine unwürdigen Vorpiegelungen leichter Gehör finden.

Holla, Ihr Herrchen von der Gazeta Gdanska, die Zeiten sind vorüber, wo solch ein Lump wie Sicinski ganze Landtage straflos auflösen und der Adel durch sein „ich erlaube es nicht“ der ganzen nationalen Sache Schaden zufügen konnte. Heute leiten wir unsere nationalen Angelegenheiten nach anderen Grundsätzen. Die Mehrheit beschließt darüber, was geschehen soll und die Minderheit muß sich dem Willen der Mehrheit fügen. Wer sich dagegen dem Willen der Mehrheit nicht fügt und auf eigene Hand Winkelzüge macht, der geht heutzutage nicht straflos aus, denn wenn er auch der größte Herr wäre, so würde ihm doch jeder wahre Mitstreiter ins Gesicht speien und ihn einen „Lump“ heißen.

Die Kandidatenfrage im Tucheler Kreise ist auf legale Weise in einer öffentlichen Versammlung erledigt worden, und wer jetzt noch diesen Beschluß angreifen oder umstoßen will, der ist wert, daß man ihn mit solchen Lumpen wie Sicinski und mit allen den streitsüchtigen Menschen auf eine Stufe stellt, die so viele Landtage zur Auflösung und Polen zum Sturze brachten!

Aber die Zeiten der Sicinskis, Branicis, Poninskis und ihnen ähnlichen sind vorüber und kehren nie wieder zurück, denn heute hält das Volk das Steuerruder unserer nationalen Sache mit fester Hand und versteht die Streitsüchtigen so zu behandeln, wie es ihnen zukommt!

Aus Nr. 12 der Gazeta Gdańska

vom 27. Januar 1903:

In Sachen der Gründung eines Rechtsbureaus.

Culm, 24. Januar.

Gechrtes Meisterchen!

Aus unserem Culm schreibt niemand an die Gazeta Gdanska, denn bei uns passiert nicht viel neues. Gott sei Dank findet man hier viel Glauben, und die Polen sind eifrige Patrioten. In den Vereinen findet man jedoch nicht mehr das rege Leben wie vor 10 Jahren. Dieser und jener gibt sich wohl noch Mühe, es fehlt indes der frühere Enthusiasmus.

An die Notwendigkeit der Gründung eines Rechtsbureaus hat wohl so mancher erinnert. Der Rechtsanwalt, welcher dieses Bureau übernehmen würde, hätte wohl Arbeit zur Genüge, denn in Culm selbst gäbe es genug zu tun, am meisten würde ihn in Anspruch nehmen die Eintragungen der Namen der Kinder und Eltern und besonders die Eintragungen der Namen bei Eheschließungen.

Die Leute ziehen es nur vor, sich ruhig zu verhalten, sie scheuen die Kosten, denn alles kommt teuer zu stehen. Ich meine, jedes Mitglied eines Vereins, welcher dem Rechtsbureau beitreten würde, müßte zu diesem Zwecke einen besonderen Beitrag von jährlich 25 Pfa. an die Vereinskasse zahlen, der Verein müßte alsdann die Beiträge der Mitglieder alljährlich an das Bureau abführen. Manche Vereine haben einige hundert Mitglieder, manche dagegen weniger; es wäre also nicht möglich, daß alle Vereine gleiche Beiträge zahlen sollten. Auch wäre es gerecht, wenn nicht nur die Vereine in Vereinsangelegenheiten, sondern wenn alle Mitglieder das Recht hätten, Rat einzuholen, denn jedes Mitglied wird doch Beiträge zahlen.

So viel der Korrespondent. Nach unserer Meinung ist der Rat desselben gut. Wir nehmen mir an, daß die Mitglieder kein Recht zur Einholung von Ratschlägen in allen ihren sonstigen Angelegenheiten, z. B. in Darlehnsachen usw. hätten, sondern daß sie solchen nur einholen dürften, wenn es ihre Person als Polen, als Vereinsmitglieder betrifft, hauptsächlich also in allen den Angelegenheiten, in denen es sich um den Widerstand gegen die germanisatorischen Bestrebungen handelt. Auf diese Weise erfährt die Verteidigung der Polen Vorteil, und die Macht wird bei uns eine bei weitem größere sein.

Bei dieser Gelegenheit teilen wir den Lesern mit, daß man uns von anderer Seite darauf aufmerksam macht, daß es nötig sei, seitens des Bureaus für die Drucklegung von Gesetzen, Urteilen usw. zu sorgen, welche die Lage einer Rechtsangelegenheit aufklären. Auf diese Weise hätten die Bibliotheken der Vereine, sowie Privatleute eine Drucksammlung bei der Hand, durch die sie sich bei jeder Gelegenheit informieren könnten.

Nach unserer Meinung ist das vollständig richtig. Die Gesamtheit bedarf einer solchen Sammlung von Gesetzen und Urteilen und ebenso auch gedruckter Erläuterungen. Das Drucken und Bearbeiten ist keine leichte Sache, es kostet Geld. Aber man kann das alles durchführen, wenn die Gesamtheit nur die Wichtigkeit der Sache anerkennt und sich mit ihr befaßt. Es ist doch keine so große Sache, alljährlich einige Pfennige für etwas wichtiges zu zahlen, für die Verteidigung des Volkes, seiner eigenen Person und der Familie.

Aus Nr. 21 der Gazeta Toruńska

vom 27. Januar 1903:

Aus dem Stargard'schen.

Betrifft die Kandidatur des Herrn Gorski.

Unser Kreis hat sich zuerst an die Wahlarbeit gemacht; statt Anerkennung aber haben wir strenge und unbegründete Kritik erfahren. Die Kritik wendet sich besonders gegen den von uns ausgerechneten Kandidaten Herrn Gorski-Mirotken. Ich gebe zu, daß die Praxis eine ganz neue ist. Bisher hat man das Kritisieren eines von einem Kreise nominierten Kandidaten in den Zeitungen als unangebracht, wenn nicht als eine grobe Ausschreitung angesehen. Soll es jetzt anders sein deshalb, weil Gorski zu keiner der gesellschaftlichen Gruppen gehört, aus denen sich bisher einzig unsere Abgeordneten rekrutierten? Soll das die Art und Weise sein, auf welche man Persönlichkeiten, die sich unter unseren mittleren Landwirten emporarbeiten, anregt, sich an die bürgerliche Arbeit zu machen?

Ich würde eine derartige Kritik verstehen, wenn Herr Gorski seine Kandidatur selbst in den Vordergrund gerückt, wenn er sich darum bemüht hätte, daß man ihn aufstelle, — aber das ist nicht geschehen. Im Gegenteil, ich weiß aus glaubwürdiger Quelle, daß ein langjähriges Mitglied des Zentralkomitees Herrn Gorski vorgeschlagen hat, im Wahlkreise Berent-Dirschau-Pr.-Stargard zu kandidieren. Herr Gorski machte Ausreden; er erklärte, es werde sich bestimmt ein würdigerer Kandidat finden, — man erwiderte ihm aber, es handle sich eben darum, daß auch Leute aus seiner Sphäre in der Fraktion säßen. Kann man sich angesichts dessen wundern, daß Herr Gorski die Kandidatur angenommen hat, da ihm ehrenwerte Priester dieselbe im Komitee und in der Volksversammlung angetragen haben? Es ist das — nebenbei gesagt — geschehen, nachdem Herr Gorski den Bericht über die Tätigkeit des Kreiswahlkomitees erstattet hatte, wegen dessen man ihm jetzt Vorwürfe macht.

Ich bestreite nicht, daß eine Kritik der Kandidaten im Prinzip statthaft ist, so lange dieselben nicht von der Delegiertenversammlung und dem Zentralkomitee bestätigt worden sind. Ist diese Kritik denn aber nützlich, ist sie in diesem Falle nicht ausgeschlossen durch die elementarsten Grundsätze von Gerechtigkeit und Anstand?

Herr Gorski hat ruhig auf seinem Vorwerk gearbeitet, das er aus protestantisch-deutschen Händen aufgekauft hat. Er nahm gern an jeder bürgerlichen Arbeit teil, zu der man ihn berief; er unterstützte nach Möglichkeit die nationalen Institutionen, kam niemanden in den Weg und trachtete nicht nach Ehrenstellen. Wir haben ihn bewogen, die Kandidatur anzunehmen, an die er nicht gedacht hat, und jetzt reißen ihn Schwäzer und anonyme Korrespondenten in den Zeitungen herunter! Hätte Herr Gorski nicht das Recht, uns zu verachten, wenn wir dies gestatteten?

Unsre Pflicht ist es, ihn zu verteidigen, und darum protestiere ich dagegen, daß man Herrn Gorski öffentlich in den Zeitungen oder hinter dem Rücken herunterreißt. Hierzu liegt übrigens absolut kein Anlaß vor, selbst wenn Herr Gorski die Vorzüge nicht besäße, die von einem Abgeordneten gefordert werden. Wir haben doch in Stargard zwei Kandidaten aufgestellt, und die Kreise Berent und Dirschau können das Gleiche tun. Unter allen diesen Aufgestellten wählen doch die Delegierten einen aus, — es kann dies Herr Gorski sein oder nicht, dem entsprechend, wie die Delegierten seine persönlichen Vorzüge und Fähigkeiten taxieren werden.

Was mich betrifft, der ich nicht zu den persönlichen Freunden des Herrn Gorski gehöre, auch seine Kandidatur nicht vorgeschlagen habe, so meine ich offen, daß er kein üblicher Abgeordneter wäre, als viele andere. Er hat aber den Vorzug, daß er sein Väterliches nicht verbracht hat, sondern an Habe hinzuverdient. Es fehlt ihm auch nicht die erforderliche Bildung, um den Lauf der parlamentarischen Debatten verstehen zu können. Daß er nicht ohne Fehler ist, nehme ich an, ich habe aber keine positive Mitteilung über irgend welche von ihm begangene Ausschreitungen erhalten. Dafür mangelt es nicht an Spuren dafür, daß Schwäzerei, Egoismus und Neid gegen Herrn Gorski am Werke sind. Es wäre schlimm, wenn diese Ungeheuer triumphieren sollten. Im Interesse der öffentlichen Sache, im Namen der Gerechtigkeit gebührt Herrn Gorski für das erfahrene Unrecht eine entsprechende

Genugtuung dadurch, daß seine Kandidatur an erster oder zweiter Stelle auch in den Kreisen Berent und Dirschau aufgestellt werde. Das Volk, besonders die kleinen und mittleren Landwirte, aus deren Mitte Herr Gorski hervorgegangen ist, sollten seine Sache als ihre eigene ansehen und unsre ehrenwerte Geistlichkeit, sowie die ländliche und städtische Intelligenz werden gewiß die Hand bieten zu dieser wahrhaft bürgerlichen Übung von Gerechtigkeit.

(Auch wir können bezeugen, daß Herr Gorski einem Mitgliede des Zentralkomitees gegenüber die Annahme der Kandidatur verweigert hat und das ganze Wahlkomitee des Kreises Pr.-Stargard wird bezeugen, wie ungern Herr Gorski die Kandidatur für den Landtag angenommen hat, indem er erklärte, er sei ein Gegner des Vereinigens der Unter in einer Hand. Wir betonen, daß der Wahlkreis Berent-Dirschau-Stargard zwei Landtagsabgeordnete wählt, mithin werden die beiden Kandidaten, nämlich Herr Gorski und Herr Pfarrer Dr. Thofarski entweder zugleich durchkommen oder durchfallen, die Stelle, an welcher sie aufgestellt worden sind, hat also keine Bedeutung. Red.)

Aus Nr. 23 der Gazeta Toruńska

vom 29. Januar 1903:

Man schreibt uns von sehr angesehener Seite her:

Ich beeile mich, Ihrem Korrespondenten aus dem Stargard'schen meine Anerkennung auszudrücken. Diese Äußerung kam sehr zur rechten Zeit. Seit einem halben Jahrhundert sehe ich, wie sich unter unseren kleineren und mittleren Landwirten energischere Persönlichkeiten an Habe und Bildung über das Durchschnittsniveau emporarbeiteten, sich zur Arbeit für unsere polnische Sache drängten, dann allmählich zu erkalten begannen und sich schließlich von allen Beziehungen zu den Polen zurückzogen. Ihre Kinder gingen, sofern jene Bürger nicht als alte Junggesellen starben, ins deutsche Lager über, oder sie verkauften ihr Väterliches ohne Gewissensbisse in fremde Hände, um dann in die Stadt zu verziehen. Womit ist das zu erklären?

In neun Fällen von zehn ist es unsre Schuld, daß es so geschieht. Ein solcher sich über das Niveau der kleineren und mittleren Landwirte hinausarbeitenden Bürger stößt polnischerseits bei jedem Schritt auf Leute, welche ihm sei es ihren Adel oder ihre akademische Bildung unter die Nase reiben und ihm zeigen, welche Ehre es für ihn sei, wenn er mit Leuten ihren Schlags verkehren könne. Sein Bruder, ein Arzt, sein Vetter, ein Vikar haben das Recht, in dieser Gesellschaft zu sein, er aber sei doch nur ein Bauer, wenn auch ein reicherer als andere. Seine bessere Bildung wird ihm nicht als Verdienst angerechnet, das ist eher noch ein Stein des Anstoßes, denn man möchte ihn gern mit „Du“ anreden, aber dazu fehlt der Mut. Den Dreisten demütigen, das rechnet man sich als löbliche Tat an.

Und so demütigt man ihn unsrerseits, während die Deutschen ihn an sich heranziehen, von den benachbarten Gutsbesitzern an bis zum Herrn Landrat. In ihrer Gesellschaft ist er Gutsbesitzer, so gut wie andere, und wenn er in die Stadt kommt zur Kaisergeburtstagsfeier, so sind auch der Herr Doktor und der Herr Rechtsanwalt sehr artig gegen ihn, und sogar der Herr Superintendent drückt ihm die Hand. Jeder Mensch weilt lieber dort, wo man ihn gern hat, als dort, wo man ihn als Eindring-

ling behandelt, und übrigens rechtfertigt das Beispiel vieler Repräsentanten unserer oberen Klassen gewissermaßen die Teilnahme an deutschen Jubelfeiern. Die deutsche Umgebung gestaltet allmählich sogar sehr gebildete Leute um, man kann sich also nicht wundern, wenn auch aufstrebende Persönlichkeiten solchen Einflüssen unterliegen.

Sehen wir um uns, dann werden wir solche Leute fast in jeder Parochie finden. Ehe die An siedelungskommission entstand, raubte uns unsere Aufgeblasenheit, unser hochtrabendes Wesen gegenüber Sichheraufarbeitenden nicht nur Land, sondern — was ein hundertfach größerer Verlust ist, auch die energischsten Leute. Es wäre Zeit, daß man sich endlich besänne.

Aus Nr. 9 der Gazeta Grudziadzka
vom 20. Januar 1903:

Tuchel.

Die Gaz. Grudz. hat bereits die Jubiläumsfeier des hl. Vaters beschrieben. Hinzuzufügen wäre noch, daß das große Bild des hl. Vaters, welches die Szene so herrlich schmückte, von dem Maler Herrn Sigmund hergestellt ist, der sich in den letzten Wochen in Tuchel als Maler niedergelassen hat. Er ist ein sehr geschickter Maler und ein guter Pole, weshalb ihn die Polen unterstützen und ihm soviel Arbeit wie möglich zukommen lassen müssen.

Es ist hauptsächlich aufgefallen, daß an dieser Feier weder der Propst noch der Vikar aus Tuchel teilgenommen haben.

Gleichzeitig lenkte ich die Aufmerksamkeit darauf hin, daß die Polen dort, wo deutsche Andachten eingeführt sind oder eingeführt werden, an diesen nicht teilnehmen dürfen, denn die deutschen Andachten sind nur für Deutsche bestimmt. Es ist ein großer Fehler unseres Volkes, daß es an solchen Andachten teilnimmt, denn dadurch unterstützt es das Bestreben der germanisierenden Geistlichen, deutsche Andachten einzuführen. Wir wissen jedoch, daß die germanisierenden Geistlichen von seiten der Regierung ohnehin größere Unterstützung erfahren, als wie unsere Geistlichen. Unseren Geistlichen macht es bedeutend mehr Mühe, eine Propstei zu erhalten. Aus dem Angeführten ersehen wir, daß der Kulturkampf, wenn auch nicht offen, so doch im geheimen weiterbesteht.

Aus Nr. 23 der Gazeta Toruńska
vom 29. Januar 1903:

Aufruf.

Aus Preußisch-Masowien.

In Masuren in Krassowo zwischen Mlowo und Soldau soll eine Missionsstation geschaffen werden. Einen entsprechenden Platz haben wir aus eigenen Mitteln gekauft, doch fehlen uns die Mittel, um die erforderlichen Baulichkeiten und die Kirche aufzuführen. Wir sind zu arm, um uns selbst zu helfen. Darum wenden wir uns an Euch, hochwürdige Priester, und an Dich, katholisches Volk, mit der heißen Bitte: Helft uns unsere Glaubensbrüder und Landsleute, welche in Masuren zerstreut sind, vor dem ewigen Verderben retten, indem ihr durch Spenden von Gaben zwecks Einrichtung einer Missionsstation ihnen Gelegenheit bietet, ihren religiösen Pflichten zu genügen und die Kinder im katholischen Glauben zu erziehen. Alle Spenden, auch die kleinsten, für den oben erwähnten Zweck nimmt der Unterzeichnete entgegen.

Gialutten b. Mlowo, 27. Januar 1903.

Marchlewski, Propst.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 28 des Górnoslazak
vom 5. Februar 1903:

Mit doppeltem Maß!

Bekannt ist der Fürstbischof von Breslau Kardinal Ropp wegen seiner Abneigung gegen die Polen. Bekannt ist auch sein gutes Verhältnis zu der uns feindlichen preussischen Regierung. Ganz Polen weiß davon, und die Deutschen freuen sich über seine preussische Schneidigkeit und spenden ihm Beifall, weil er ein wahrhaft deutscher Bischof sei und die polnische Hydra ausrotte. Zur Betrübnis aller polnischen Katholiken und zur Freude aller Deutschen können wir heute die neueste Tat dieses deutschen Bischofs zur Kenntnis bringen.

In einer gewissen rein polnischen Parochie Oberschlesiens ist ein Organist, welcher in der Kirche den polnischen Gesang gräßlich vernachlässigt. Kein Wunder, da er gleichzeitig Lehrer an der Parochialschule ist. Wahrscheinlich will sich der Herr Organist durch Vernachlässigung des polnischen Gesanges bei der Regierung in Gunst setzen, damit recht bald Belohnungen für wirksame Förderung des Deutschtums in klingender Münze aus dem Germanisierungsfonds sich über ihn ergießen.

Der Ortspfarrer beschloß als wahrhafter katholischer Priester, da er das Unrecht, welches dem polnisch-katholischen Volke widerfährt, nicht ertragen konnte, die Kinder in der Schule außerhalb des schulpflichtigen Unterrichts polnische religiöse Lieder zu lehren. Der Herr Lehrer und Organist verwehrt das dem Pfarrer, und er drohte sogar, er werde den Pfarrer durch die Polizei aus der Schule hinauswerfen lassen, wenn er mit dem Unterrichten im polnischen Singen nicht aufhöre. Doch nicht genug damit. Wir schreiben vor kurzem, einige Lehrer hätten einen katholischen Geistlichen im Großherzogtum Posen unschuldig einer Majestätsbeleidigung angeklagt, wir schreiben davon, daß ein Lehrer den Kaplan Buchta aus Siemianowik wegen Majestätsbeleidigung denunziert habe, und daß der junge Geistliche infolgedessen 2 Monate Festung erhalten habe.

Der Lehrer und Organist der hier in Rede stehenden Parochie folgte dem Beispiel seiner Kollegen, und er denunzierte den Pfarrer, welcher polnischen Kindern Kirchengesang lehrte, beim Kardinal Ropp.

Ohne Zweifel wird jeder neugierig sein, welches die Folgen der Denunziation waren. Der deutsche Bischof erkannte an, daß der arme Pfarrer zum Schaden des Deutschtums gehandelt habe, und er schickte ihn zur Buße auf 3 Tage in ein Kloster. Wofür? wird ohne Zweifel so mancher unserer Leser fragen. Wegen Mißbrauch der Kanzel! Der Geistliche hatte nämlich den Parochianen nach der Predigt von der Kanzel herab bekannt gegeben, daß der Organist ihm verboten habe, die Kinder Kirchengesang zu lehren.

Merkwürdig geht es in dieser Gotteswelt zu. Man sendet die polnischen Pfarrer in die Sandwüsten nach Brandenburg, wir aber erhalten Geistliche hierher, welche unsere Sprache entweder garnicht kennen, oder sie so radebrechen, daß einem die Ohren wehtun. Die wegen ihrer Germanisierungsbestrebungen bekannten Geistlichen, welche wegen ihrer Kunst, das hakatistische Pferd zu reiten, bekannt sind, erhalten die fettesten Pfründen, die polnischen Geistlichen aber, und wären es die besten Prediger und Arbeiter

am Wohle des Volkes, verkommen auf Sandbüchsen und sie fristen eine kümmerliche Existenz deshalb, weil sie das Unglück hatten, als Polen geboren zu sein, und weil sie so hartnäckig sind, sich nicht in Deutsche umzuwandeln.

So geht es bei uns zu. Für uns polnische Katholiken ergibt sich daraus vor allem die Pflicht, diesem Germanisierungsdrang gegenüber um so maderer und ausdauernder unsere vaterländischen Schätze zu verteidigen und sorglich darüber zu wachen, daß uns kein Unrecht widerfahre. Dann werden wie Seifenblasen alle Vorstöße der Germanisatoren zu schanden werden, und wären letztere auch Bischöfe.

Aus Nr. 27 des Górnosłazak
vom 4. Februar 1903:

Kattowitz.

Herrn Barski aus Zawodzie hatte die Krankenkasse Herrn Dr. Stiller zugewiesen, welcher in der Querstraße wohnt. Herr Dr. Stiller verlangte von Barski durchaus, er solle zu ihm deutsch sprechen, Barski lehnte das ab mit der Erklärung, er könne nicht deutsch. Herr Dr. Stiller seinerseits weigerte sich, polnisch zu sprechen, sodaß Barski schließlich genötigt war, die Wohnung des Dr. Stiller zu verlassen und sich zur Krankenkasse zu begeben. Dort jagte man ihm, Dr. Stiller könne polnisch sprechen, er wolle dies nur nicht tun. Man wies ihn an Dr. Kunze in der Poststraße. Dieser unterhielt sich, obgleich er ebenfalls Deutscher ist, mit Herrn Barski polnisch. Nachdem er von letzterem erfahren hatte, was diesem geschehen sei, erklärte er, es sei selbstverständlich, daß Dr. Stiller, obgleich er aus Nicolai sei und polnisch könne, polnisch nicht sprechen werde, da er dem Ostmarkenverein angehöre.

Aus Nr. 9 der Gazeta Opolska
vom 30. Januar 1903:

Die Volksbank in Oppeln.

In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats und des Vorstandes wurde beschlossen, die Bank statt wie bisher zweimal in der Woche nunmehr dreimal in der Woche für den Verkehr offen zu halten und zwar am Montag, Mittwoch und Freitag. Die Bank hatte im letzten Jahre einen Umsatz von mehr als 1 Million und wenn die geschäftliche Entwicklung der Bank in dem Maße weiter vor sich geht, was nach den bisherigen Erfahrungen nicht bezweifelt werden kann, so wird sie im nächsten Jahre täglich für den Verkehr geöffnet sein.

Aus Nr. 10 der Gazeta Opolska
vom 3. Februar 1903:

Königl. Neuendorf.

Der Leserkreis wird bei uns immer größer. Vor einigen Jahren waren hier 10 bis 20 Leser der Gazeta Opolska und nun haben wir schon 100 Leser der Gazeta Opolska und anderer Zeitungen. Auch das Deutschtum macht sich in verschiedenen Vereinen breit, aber wenn das polnische Volk sich um die Aufklärung so weiter kümmern wird, als wie bisher, dann ergeben wir uns nicht! Ehre den Lesern und den Verbreitern der Aufklärung.

Aus Nr. 15 der Nowiny Raciborskie
vom 3. Februar 1903:

Aus Olšan

wird dem Ratiborer Anzeiger berichtet, daß dort der Gastwirt Seja auf dem Kaisersgeburtstagsball eine sehr patriotische deutsche Rede gehalten habe; diese Rede wäre so patriotisch gewesen, daß er bei den polnischen Teilnehmern eine große deutsche Begeisterung erweckt (?) und somit das Deutschtum unterstützt habe. Der Korrespondent schreibt weiter, daß auf diese Weise dem polnischen Verein im Nachbardorfe am besten entgegengearbeitet werde. (Offenbar ist der Verein in Uchylsk (?) gemeint, denn das ist der einzige Verein in der ganzen Umgegend. — Red.)

Soviel wir wissen, ist der polnische Verein in Uchylsk kein politischer Verein, denn es werden in ihm weder Reden gegen den Staat noch gegen den Kaiser gehalten. Es ist uns nicht verständlich, wie so ein versteckter Hafatist an den Anzeiger berichten kann, daß durch deutsch-patriotische Välle jenem polnischen Verein am besten entgegengearbeitet werden könne (?) — Haben denn die Polen auf ihrem eigenen heimatlichen Boden nicht mehr soviel Recht, daß sie von Zeit zu Zeit zu einem Gespräch, zur Erheiterung und zum Vergnügen zusammenkommen können? — Wir nehmen den Hafatisten in Oberschlesien, trotzdem sie nur Fremdlinge und Gäste auf unserer polnischen Erde sind, nichts übel, mögen sie in ihrem Patriotismus aufgehen wie ein Eisklumpen in der Augustsonne — doch mögen sie unsere Vereine und unsere Vergnügen in Ruhe lassen!

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 21 des Dziennik Berlinski
vom 27. Januar 1903:

Verband der polnisch-katholischen Arbeitervereine für die Provinz Brandenburg.

Der Mangel einer genügenden Organisation der polnischen Arbeitervereine, namentlich einer solchen Organisation, welche den Mitgliedern dieser Vereine neben den geistigen auch gewisse materielle Vorteile verschaffen würde, ist bisher die Ursache dazu gewesen, daß Tausende unserer Landsleute aus den Sphären der Arbeiterkreise entweder sozialdemokratischen oder deutsch-katholischen Vereinen angehört und dadurch mit der Zeit in dem Meere des Deutschtums ihren Untergang gefunden haben, oder daß sie für die nationale Sache gleichgültig geworden sind, indem sie ihre Kinder deutsch erzogen und sich von den polnischen Vereinen vollends abseits gehalten haben. Wenn die auf dem nationalen Gebiete erfahrenen Arbeits-Genossen zum Austritte aus den deutschen Vereinen und Verbänden aufgefordert haben, so hörte man immer nur die eine Klage: gebt uns das, was uns jene deutschen Vereine geben, so werden wir zu euch gehören!

Und diese Vereine bieten ihren Mitgliedern in der Tat verschiedene materielle Vorteile; im Bedarfsfalle gewähren sie ihnen Darlehne, beim Tode eines Mitgliedes zahlen sie der Witve einen nicht unerheblichen Betrag zur Bestreitung der Begräbniskosten usw.

Angeichts dessen muß die edle, dem bürgerlichen Geiste entstammende Initiative des „polnisch-katholischen Arbeitervereins in Berlin“, welcher beschlossen hat, eine ähnliche Organisation der Arbeitervereine ins Leben

zu rufen wie sie die Deutschen haben, mit Anerkennung hervorgehoben werden. Dieser Gedanke ist im Vereine von dem eifrigen Mitgliede, dem intelligenten Arbeiter Herrn Theodor Bloch, der die Gründung eines „Verbandes der polnisch-katholischen Arbeitervereine für die Provinz Brandenburg“ in Vorschlag gebracht hat, angeregt worden.

Der Verein hat sein Projekt eilends angenommen, eine im Verein besonders gewählte Kommission hat die Verbandsatzungen ausgearbeitet, und in der letzten Sitzung, zu welcher sämtliche Vorstände der Arbeitervereine eingeladen waren, ist der „Verband“ gegründet worden. Es sind demselben sofort sechs polnische Arbeitervereine beigetreten. Bis heute sind noch zwei hinzugekommen, und es steht zu erwarten, daß auch der Rest der anverwandten Vereine der Provinz Brandenburg beitreten wird, denn nur vereint, in gemeinsamer Organisation werden sie eine Kraft bilden und ihren Mitgliedern tatsächlich Dienste leisten können.

Die Satzungen des „Verbandes“ werden wir in vollem Umfange später veröffentlichen, heute wollen wir nur einige der hauptsächlichsten Paragraphen anführen.

§ 1. Der Name des Verbandes heißt:

„Verband der polnisch-katholischen Arbeitervereine für die Provinz Brandenburg mit dem Sitze in Berlin.“

§ 2. Der Zweck des Verbandes ist:

1. die materielle Unterstützung einzelner Mitglieder und einzelner Vereine;
2. das Streben nach bestmöglicher Hebung des Wohlstandes.

§ 3. Die Mittel welche zum Ziele führen sind:

1. die Gründung einer Begräbniskasse;
2. Vierteljährliche Versammlungen von Delegierten;
3. Jahresversammlungen, welche abwechselnd in verschiedenen Gegenden abgehalten werden.

§ 4. Dem Verbande können beitreten:

1. alle polnisch-katholischen Arbeitervereine;
2. auch Vereine mit anderen Namen, soweit sie sich Arbeitervereine nennen.

§ 5, Abschnitt 5. Der beitretende Verein zahlt für jedes Mitglied 50 Pfennig Eintrittsgeld und einen monatlichen Beitrag von 10 Pfennigen für dasselbe, doch können nach Erfordernis die Beiträge und das Eintrittsgeld ermäßigt oder erhöht werden, worüber zu bestimmen der Vorstand das Recht und die Pflicht hat usw.

Hier sei noch bemerkt, daß der „Verband“ im Falle des Todes eines Vereinsmitgliedes der Witwe 60 Mark auszahlt; im Falle des Todes der Frau eines Mitgliedes erhält dasselbe 30 Mark zur Bestreitung der Beerdigungskosten.

Der Vorstandsvorstand ist bereits gewählt worden. Es gehören demselben folgende Herren an: Theodor Bloch als Vorsitzender; Peter Bandurski als Schriftführer; Franz Grzelachowski als Kassierer; als Kontrollenre die Herren Pospiech, Sitariski und Gozdek aus Berlin, sowie Herr Kolodziejczak aus Brandenburg.

Alle weiteren Informationen in Sachen des „Verbandes“ erteilt dessen Vorsitzender, Herr Bloch, Zorndorferstraße Nr. 26.

Mit lebhafter Freude begrüßen wir die Entstehung dieses Verbandes und wünschen ihm im Interesse seiner Mitglieder, deren es so viel als möglich geben möchte, gedeihliche Entwicklung. Der Verband kann sich ein großes Verdienst erwerben, wenn es ihm gelingt, all die Scharen der polnischen Arbeiter für sich zu gewinnen, welche sich in die sozialdemokratischen und deutsch-katholischen Vereine verirrt haben, und dadurch der Germanisierung Tausender unserer Brüder in der Fremde entgegenzusteuern.

Aus Nr. 29 des Wielkopolanin

vom 6. Februar 1903:

B e r i c h t

**über die Tätigkeit des Vereins vom heiligen
Kasimir in Hannover für das Jahr 1902.**
Hannover.

Anfang Dezember fand die Generalversammlung und gleichzeitig die Neuwahl des Vorstandes statt, welcher sich nunmehr wie folgt zusammensetzt:

Vorsitzender: Wyżkowski,

Stellvertreter: Bestard,

Kassierer: Konieczny,

Schriftführer: Jakubowski,

Stellvertreter: Ciechowski,

Büchermart: Langener,

Beisitzer: Kłapecki und Wielinski.

Am Schlusse des Jahres zählte der Verein 48 Mitglieder. Im verflossenen Jahre wurden 4 General- und 24 gewöhnliche Versammlungen abgehalten. Da hier in Hannover sowie in der Umgegend einige Hundert Landsleute sind, so ist es zu bedauern, daß so wenige von ihnen unserem Verein als Mitglieder angehören. Es gibt viele solcher Landsleute, welche ihren sauer erworbenen Groschen lieber in der Kneipe elend durchbringen, als daß sie unserem Verein beitreten, trotzdem der Verein gewisse Vorteile bietet, denn er zahlt seinen Mitgliedern während einer Erkrankung Unterstützungen, außerdem haben wir hier eine reichhaltige Bibliothek, aus welcher jedes Mitglied Vorteile ziehen kann. Ich denke, daß die obigen Worte die hiesigen Landsleute zum Eintritt in den Verein bewegen werden. Es bittet dringend darum

der Vorstand.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 19 der Nowa Reforma

vom 24. Januar 1903:

„Er ist kein Philister!“

„Kaiser Wilhelm ist keineswegs ein Philister!“ sagte am Mittwoch Graf Bülow im deutschen Reichstage, indem er seinen Monarchen vor den kritisierenden Angriffen seitens der Abgeordneten in Schutz nahm — sondern eine kräftige Natur von überschwänglich entwickeltem Individualismus, damit muß gerechnet werden, wenn man seine Handlungen und Worte beurteilt.

Kaiser Wilhelm kann sehr zufrieden sein, daß er im Reichstage einen so geschickten und redegewandten Verteidiger besitzt. Andernfalls würde das Urteil, welches die Vertreter der deutschen Nation in diesen Tagen über ihn fällten, vielleicht noch eine treffendere, geradezu zerschmetternde Form angenommen haben. In der Geschichte des Verfassungswezens ist dies auch ein noch nicht dagewesener Fall, daß sich ein Parlament in dieser Weise mit der Person eines Monarchen beschäftigte, wie es seit drei Tagen im deutschen Reichstage der Fall ist. Sogar die Verletzung der Redefreiheit seitens des Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem hat die weitere Kritik der Taten und Worte des Herrschers Deutschlands nicht zu verhindern vermocht. Was in der Mittwochssitzung der sozialdemokratische Abgeordnete von Bollmar nicht gesagt hat, das hörte man aus dem Munde Bebels, welcher die gegen die Sozialdemokratie gerichteten Kaiserreden als unanständig bezeichnete. Kaum war jedoch dieses

Wort gefallen, so ließ sich, wie den Wiener Blättern aus Berlin gemeldet wird, von den Sitzen der Abgeordneten der Ruf vernehmen: „Das ist nicht mehr Unanständigkeit, das ist Gemeinheit!“ Sehr bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung der deutschen öffentlichen Meinung Wilhelm II. gegenüber ist die Tatsache, daß diese gegen die Person des Monarchen gerichteten scharfen Angriffe keiner Opposition in der Presse begegneten. Dagegen hat, mit Ausnahme einiger extrem konservativer Organe, die Gesamtpresse das Auftreten Ballestrems von Bollmar gegenüber entschieden verurteilt. Einige hervorragende Blätter sind sich überhaupt darüber im Unklaren, was wohl den sonst so unparteiischen Präsidenten, wie es doch Graf Ballestrem ist, zu der in der Geschichte des deutschen Reichstages geradezu noch nicht dagewesenen Verletzung des Regulativs veranlassen konnte.“ Regierungsbeeinflussungen sollen hierbei durchaus nicht in Betracht gekommen sein, denn Graf Bülow war auf die Angriffe Bollmars bereits vorbereitet und hatte die fertige Antwort in Bereitschaft, welches war nun die Ursache für dieses Verhalten des Präsidenten? Eine bestimmte Antwort darauf haben wir bis jetzt nicht, dagegen fehlt es nicht an Vermutungen. Und diese Vermutungen werden noch durch geheimnisvolle Andeutungen seitens einiger sozialistischer Blätter verstärkt, nach welchen Bollmar die Absicht gehabt haben soll, verschiedene auf die privaten Verhältnisse Wilhelms II. zu dem verstorbenen Krupp sich beziehende Geheimnisse zu enthüllen, Geheimnisse, welche wahrscheinlich das monarchische Gefühl der Mehrheit des deutschen Volkes sehr verletzt haben würden. Und dies soll Graf Ballestrem befürchtet haben.

Wir wundern uns sehr darüber, daß keiner der polnischen Abgeordneten die Gelegenheit benutzte, um die Marienburger Rede auf's Tapet zu bringen und sie gehörig zu brandmarken. Indem die polnische Fraktion von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch machte, bewies sie mehr Loyalität, als selbst die deutschen Konservativen. Wir bedauern dies, denn gerade bei dieser kritischen Stimmung des Reichstages hätten die Worte des polnischen Redners ein viel willigeres Gehör gefunden, als bei irgendeiner anderen Gelegenheit.

Für uns bleibt Wilhelm II. ein Philister — aber ein Philister des Kreuzrittertums und des Hafatismus.

Aus Nr. 49 des Dziennik Polski

vom 30. Januar 1903:

Das Schloß des preussischen Königs in Posen.

Lemberg, den 29. Januar.

Anläßlich des beabsichtigten und beinahe schon sicheren Baues eines königlichen Schlosses in Posen wurde auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Bismarckschen den Polen gegenüber geübten Taktik und denjenigen Mitteln aufmerksam gemacht, deren sich die heutige preussische Regierung bei ihrer Ausrottungspolitik in der Provinz Posen bedient. Bismarcks Angriffe waren stets gegen den innersten polnischen Lebenskern gerichtet, er wollte die Entwicklung und den Fortschritt der polnischen Gesellschaft auf allen Gebieten lahmlegen. Die Ansiedlungs-Kommission sollte unsre leichtsinnigen Grundbesitzer von der väterlichen Scholle vertreiben; die Schulgesetze hatten die Aufgabe, den Schulkindern die Liebe zum preussischen Staate einzupflanzen, sie an das Deutschtum zu gewöhnen und ihre Verdeutschung in die Wege zu leiten. Durch die Landesverweisung vieler tausende Polen der andren Teilmächte wollte er unserm Volke die Erinnerung daran nehmen, daß noch anderswo Millionen seiner Landsleute leben. Bismarck wollte durch die Maigesetze

den Adel und die Geistlichkeit unterdrücken und vernichten, das Volk von ihnen absperrern und dieses durch die deutsche Schule entnationalisieren. Dem eisernen Kanzler ging es um die Sache, nicht um die Form. Er strebte nicht nach Lösungen und Formen, sondern darnach, daß das Volk deutsch fühlen lerne. Er übte einen Zwang nicht dahin aus, daß die Briefaufschrift deutsch sei, sondern handelte so, daß der ganze Brief aus freien Stücken deutsch geschrieben sein sollte, denn er wußte, daß dann auch die Briefaufschrift nicht anders lauten werde.

Die Pläne haben Bismarck getäuscht, wie überhaupt alle Bemühungen, eine zielbewußte Gesellschaft zu entnationalisieren, fehlschlagen müssen. Diese allmähliche Bismarcksche Arbeit und der Mangel an deren offenbaren Erfolgen waren jedoch die Veranlassung, daß der heutige Hafatismus zu Mitteln griff, welche, in der Wirklichkeit erfolglos bleibend, wenigstens nach außen hin der Gesellschaft einen deutschen Anstrich geben sollen. Es geschieht dann auch alles nur für das Auge: deutsche Schilder, deutsche Familien- und Ortsnamen, deutsche Briefaufschriften und schließlich — ein Schloß des preussischen Königs in Posen! Wenn Bismarck dadurch, daß er die Seelen vergiftete, nicht viel erreicht hatte, so dürfen wir hohnlächelnd auf die Anstrengungen des Hafatismus blicken, welcher mit deutschem Firniß das polnische Land und die polnischen Seelen übertünchen will. Die naive Absicht, sowohl den eignen deutschen Landsleuten, als auch dem Auslande Sand in die Augen zu streuen, tritt hier ganz deutlich in die Erscheinung. Wir können deshalb auf das künftige königliche Schloß in Posen ganz gleichgültig schauen. Es wird in den Herzen der polnischen Bevölkerung weder die deutschen Gefühle vermehren, noch die Sympathien für Preußen erwecken. Es wird höchstens ein Denkmal sein, welches jeden Polen an die gewalttame Teilung erinnert.

Abzeichen, Schilder und demonstrative Schlösser bilden doch wohl das schwächste Mittel, um die polnische Volksseele in eine deutsche zu verwandeln. Die Absicht, in Posen ein königlich-preussisches Schloß zu errichten, wird außer einem geringschätzigen Lächeln über den wilden Hafatismus keine andren Gefühle in uns wecken.

Aus Nr. 49 des Dziennik Polski

vom 30. Januar 1903:

Unbarmherzige Aufseher.

Am Freitag, den 23. d. Mts., sollten aus Bromberg nach Crone a. B. acht Gefangene transportiert werden, von welchen 6 gefesselt waren. Einer der Gefangenen, welchem man die Hände freigelassen hatte, benutzte die Gelegenheit und wollte entfliehen. Die Aufseher holten ihn jedoch ein und richteten ihn mit ihren Säbeln dermaßen zu, daß der Ärmste zu Boden fiel. Wie Augenzeugen erzählen, haben die Aufseher auf den Gefangenen mit den Säbeln noch eingehauen, als dieser bereits auf der Erde lag und das Blut in Strömen floß.

Aus Nr. 3 des Kraj

vom 18. (31.) Januar 1903:

Oberschlesien im Januar.

Katholische Volksversammlung in Benthen und Gandel der polnischen Nationalen.

Unsere Sache wird durch die Agitation der extrem Nationalen immer mehr gefährdet, denn sie strebt die Sprengung der Solidarität unserer Gesellschaft an und verhilft den Sozialdemokraten zum Siege.

Den Parteiführern des Gornoslonzak haben die Vorbeeren der Sozialisten und der österreichischen Alldeutschen dermaßen imponiert, daß sie auch in unsern Versammlungen, welche sich bis jetzt durch Anstand und Würde auszeichneten, gewöhnliche Krawalle und Lärmjzenen hineinzutragen anfangen.

Einen Belag dafür liefert die Volksversammlung, welche unter der Leitung des katholischen Volksverbandes in Deutschland stattfand. Die Verbandsvertreter begaben sich zu dem Redakteur des Katolik, Napieralski, mit der Bitte, eine polnische Rede zu halten. Herr Napieralski erklärte, er halte es für unangebracht und unpraktisch, in einer und derselben Versammlung in beiden Sprachen zugleich zu verhandeln und er rate, eine besondere Volksversammlung für die Deutschen und eine besondere für die Polen zu veranstalten. Jeder, der mit unsern Verhältnissen vertraut ist, muß zugeben, daß das ein vernünftiger Rat war, denn in denjenigen Versammlungen, in welchen in beiden Sprachen verhandelt würde, würden beide Nationalitäten nicht zufrieden sein, denn es würde beiden vorkommen, als ob sie benachteiligt worden seien, als ob man ihnen zu wenig in ihrer Muttersprache gesagt habe, auch würde ein Teil sich stets langweilen, weil er dasjenige nicht verstände, worüber der andere Teil der Versammelten in seiner Muttersprache beratschlage. Der katholische Verband hat daher sehr vernünftig gehandelt, daß er die Versammlung ausschließlich für die deutschen Katholiken einberufen hatte, mit dem Vorbehalt, daß die polnische Versammlung einige Tage später stattfinden werde. Die Redaktion des Gornoslonzak hatte aus den öffentlichen Bekanntmachungen davon Kenntnis gehabt, trotzdem forderte sie ihre Leser auf, in der Versammlung zu erscheinen, wodurch es, wie leicht vorauszusehen war, zu ärgerniserregenden Ausritten kam. Kaum hatte der Vikar Barabasz aus Benthen die Versammlung mit den deutschen Worten: „Gelobt sei Jesus Christus“ eröffnet, wurde auf polnisch: „na wieki“ (in Ewigkeit) geantwortet und laut gerufen: „po polsku!“ (polnisch sprechen!) Der Vorsitzende gab sich Mühe, den Lärm zu beschwichtigen und versprach, eine ausschließlich polnische Versammlung einzuberufen, worauf der Lärm auf eine kurze Zeit aufhörte, doch als der Abgeordnete Dr. Stephan das Wort ergriff, entstand ein wahrer Höllelärm. Man stampfte und scharrte mit den Füßen und schrie: „Fort mit dem Zentrum! Spizbuben! polnisch sprechen! Genug des Geschwäzes!“ Man spielte auf der Harmonika, man pfiff, sodaß niemand den Redner verstehen konnte. Als Dr. Stephan gegen Ende seiner Rede darauf aufmerksam machte, daß das Zentrum sich stets der Polen angenommen habe, wurde er durch ominöses Lärmen überschrien.

Es ist bedauerlich, daß diese Beschimpfung seitens der Polen einen Mann getroffen hat, welcher, — dies werden wohl selbst die größten Zentrumsgegner nicht in Abrede stellen — seit vielen Jahren stets mit der größten Energie, bei der im Landtage sich anbietenden Gelegenheit die gegen die Polen zur Anwendung gebrachte Politik verurteilt und der stets unser Beschützer ist. Der Gornoslonzak macht zu dem über den Verlauf der Versammlung erstatteten Bericht folgende Bemerkungen: „Herr Stephan hat gewagt, vor dem Volke zu behaupten, die Zentrumsmänner verteidigten die Polen. Das ist nicht wahr; denn diese ihre Verteidigung ist sehr schwach und unbedeutend. Wenn im preußischen Landtage neue, gegen

die Polen gerichtete Gesetze beschlossen werden, dann sind unsre Bufenfreunde im Sitzungsjaale nicht anwesend. Wenn den Herren Zentrumsmännern die gestrige Lehre nicht die Augen öffnete und sie die Dreistigkeit besitzen sollten, eine polnische Zentrumsversammlung einzuberufen, dann Landsleute, wollen wir ihnen eine Lehre geben, daß sie für ewige Zeiten die Lust verlieren werden, hier auf polnischem Grund und Boden sich breit zu machen. Wir haben die deutsche Bevormundung satt! Wir werden polnische Abgeordnete der Volkspartei wählen!“

Daß von deutscher Seite während der Versammlung gegen die Polen beleidigende Stimmen der Entrüstung laut wurden, brauchen wir wohl nicht erst hinzuzufügen. Dies war der Verlauf der Versammlung, zu welcher die Polen sehr zahlreich erschienen waren und welche, wie zugegeben werden muß, eine wichtige Etappe bildet hinsichtlich des Bruches mit der Zentrumsparthei. Dies geschieht in einem Augenblick, wo ernste Erörterungen zwischen der Partei des Katolik und dem Zentrumskomitee stattfinden, welches zu Zugeständnissen für uns geneigt ist. Es hat sich mit solchen polnischen Land- und Reichstagskandidaten (in Kreisen mit überwiegender polnischer Mehrheit) einverstanden erklärt, mit welchen auch wir uns vollständig einverstanden erklären können. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Kreise Benthen, Tarnowitz und Rattowitz-Zabrze, in welchen echte Polen gewählt werden, wenn nicht die Partei des Gornoslonzak in ihrem blinden Haß gegen das Zentrum auch diese Wahlen in Frage stellt.

In Anbetracht der Broschüre des Abgeordneten Roeren, in Anbetracht des ehrlichen Auftretens des Abgeordneten Fritz in einer der letzten Landtagsitzungen, in Anbetracht unserer ständigen Verteidigung durch Dr. Stephan mit der einzigen Partei zu brechen, welche nicht gegen uns ist und welche immerhin sich nach den Grundätzen der Gerechtigkeit und Ehrlichkeit den Schwächeren gegenüber richtet, ist ein politischer Fehler, welcher nicht zu verzeihen ist. Angenommen, der Bruch wird zur Tatsache und es werden wirklich zwei Abgeordnete gewählt, welche der polnischen Fraktion sich anschließen (die Zahl 2 ist nämlich die höchste, von welcher die größten Optimisten träumen können), welches wird die Folge davon sein? Einerseits die Vermehrung unsrer Fraktion um zwei Stimmen, andererseits aber wird die Solidarität unter unserem polnischen Volke gebrochen, derjenige Teil der Geistlichkeit, welcher aufrichtig und ehrlich unsere Bestrebungen unterstützt, wird von uns abgestoßen, die Partei, welche wenigstens niemals gegen uns aufgetreten ist, wendet sich von uns ab. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Volkstümlichkeit des Gornoslonzak unter unserem Volke wächst, ob aber unsere Sache dabei etwas gewinnt, das ist eine andere Frage. Dazu gehört etwas ziviler Mut, um nicht volkstümliche Ansichten zu verkünden. Zu Ehren Szacki's wurden einst Medaillen mit der Aufschrift: „sapere aude“ geprägt. Wir rechnen es dem Redakteur des Katolik als ein großes Verdienst an, daß er den Mut besitzt, gegen den Volksstrom zu schwimmen und mit Ruhe und Würde zur Bestimmung zu mahnen. Wenn der Pole wieder nach dem Schaden klug sein wird, wird man zugeben, daß er recht hatte und man wird ihm ein großes Verdienst zuschreiben, welches er sich durch seine ruhige und vernünftige Arbeit an unserem Landesteile erworben hat.

Ein Schlesiener.